

Mensch & Politik

Dr. Silke Launert



LESEN SIE AKTUELLES AUS BERLIN UND DER REGION BAYREUTH/FORCHHEIM

Ausgabe KW 02/26

Franken-Sachsen-Magistrale: Bund stellt Planungsmittel bereit

Berlin. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat in seiner Bereinigungssitzung Mitte November die **Bereitstellung von Planungsmitteln beschlossen, aus denen auch die weitere Umsetzung der Franken-Sachsen-Magistrale finanziert werden kann.** Ergänzt wird dies durch einen Maßgabebeschluss, der zunächst die **Elektrifizierung bis Schnabelwaid** vorsieht. Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete **Dr. Silke Launert** zeigte sich im Anschluss an die Beschlüsse erleichtert:

„Die heutige Entscheidung ist ein wichtiger Schritt nach vorne und zeigt: Dranbleiben lohnt sich! Es freut mich wirklich sehr, dass die für unsere Region unverzichtbare Elektrifizierung nun weiter voranschreitet und der langjährige gemeinsame und parteiübergreifende Einsatz Früchte trägt.“

Zum Hintergrund: Die Franken-Sachsen-Magistrale ist **das wichtigste Schienenprojekt in Bayern.** Sie umfasst die bislang nicht elektrifizierte Verbindung von Nürnberg über Marktredwitz nach Hof, den Weiterlauf von Marktredwitz über Schirnding bis an die tschechische Grenze sowie die bereits elektrifizierte Strecke von Hof nach Dresden. Für die gesamte Region hat diese Achse eine herausragende Bedeutung. Im Bundesverkehrswegeplan ist ihre Elektrifizierung seit vielen Jahren als **„vordringlicher Bedarf“** eingestuft. Im Bundesverkehrswegeplan wurde die Elektrifizierung bereits unter Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt in den vordringlichen Bedarf eingestuft. Vor rund vier Jahren wurden die Planungen jedoch aufgrund eines negativen Kosten-Nutzen-Gutachtens gestoppt.

Erst durch den parteiübergreifenden und massiven Druck von betroffenen Parlamentariern und Kommunalpolitikern konnte eine Neubewertung erreicht werden. Diese erfolgte auf Basis angepasster Kriterien mit dem Ergebnis, dass der vordringliche Bedarf erneut bestätigt wurde. Auch politisch ist der Ausbau klar verankert: Im Koalitionsvertrag sind sowohl Elektrifizierungsmaßnahmen der Bundesschienenwege als auch eine bessere Schienenverbindung nach Tschechien und Polen festgeschrieben. Diese Vorgaben haben in der Region zusätzliche Hoffnung geweckt, dass die Franken-Sachsen-Magistrale zügig weiter vorangebracht wird.

Mit dem aktuellen Beschluss des Haushaltsausschusses **kann nun zunächst die durchgehende Elektrifizierung zwischen Nürnberg und Bayreuth in Angriff genommen werden.** Der Freistaat Bayern hat bereits angekündigt, die Kosten für den Abschnitt zwischen Schnabelwaid und Bayreuth zu tragen. Das endgültige Ziel bleibt jedoch unverändert: eine vollständig elektrifizierte Verbindung bis Hof.



BERICHT AUS BERLIN

Sehr geehrte Damen und Herren,

wer in diesen Tagen die öffentliche Debatte verfolgt, hört immer wieder, in Berlin „herrsche Stillstand“. Es wird der Eindruck erweckt, die neue Bundesregierung tue nichts, es gehe nicht voran. Doch das stimmt nicht.

Wir sind erst seit acht Monaten im Amt. In dieser kurzen Zeit mussten wir zunächst zwei Haushalte aufstellen, weil die vorherige Regierung nicht mehr dazu in der Lage war, den Bundeshaushalt für das Jahr 2025 zu verabschieden. Solange diese Haushalte nicht beschlossen waren, konnten Mittel nicht fließen und Investitionen nicht starten. Ab dem Herbst hatten wir demnach überhaupt erst die Grundlage, um zusätzliches Geld auszugeben und Gestaltungsspielräume zu nutzen.

Mit den Haushalten 2025 und 2026 haben wir zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht: erhebliche Investitionen in unsere Verteidigung, massive Investitionen in die Infrastruktur unseres Landes sowie wichtige Impulse für Wirtschaft und Innovationen. Dazu zählen unter anderem degressive Abschreibungen von 30 Prozent, die Senkung der Körperschaftsteuer und die Absenkung der Stromsteuer – Maßnahmen, die Unternehmen spürbar entlasten, Investitionen anstoßen und Arbeitsplätze sichern. Gleichzeitig unterstützen wir die Bürgerinnen und Bürger ganz konkret, etwa durch Zuschüsse zu den Netzentgelten, die Abschaffung der Gasspeicherumlage und die Stärkung des Ehrenamts.

Hinzu kommen der sogenannte Baturbo, die Hightech Agenda Deutschland und gezielte Maßnahmen zur Stärkung unserer inneren Sicherheit. Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt erhalten zusätzliche Mittel, um besser gegen Cyberangriffe, Spionage und organisierte Kriminalität vorgehen zu können. Auch in den Zivil- und Katastrophenschutz investieren wir massiv: Das Technische Hilfswerk erhält unter anderem ein umfassendes Bauprogramm, um alle 200 sanierungsbedürftigen Liegenschaften zu modernisieren.

Ein besonderes Augenmerk der neuen Regierungskoalition liegt zudem auf der Stärkung der ländlichen Räume: mit der vollständigen Wiedereinführung der Agrardieselmrückerstattung, der Senkung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie und der Erhöhung der Pendlerpauschale ab dem 1. Januar 2026. Auch der Sport bleibt im Fokus – die Sportmilliarde wird fortgeführt und für die Sanierung von Schwimmbädern werden im Haushalt 2026 250 Millionen Euro bereitgestellt. All das ist beschlossen. All das wird

Wir haben also bereits eine ganze Menge erreicht. Der Vorwurf, es passiere nichts, greift daher eindeutig nicht.

Ja, es stimmt: Wir haben noch nicht alles umgesetzt, was im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Ja, es gibt noch viel zu tun. Aber es liegen auch noch mehr als drei Jahre Regierungszeit vor uns. Unsere Agenda ist klar: Deutschland soll ein Land bleiben, in dem es sich gut leben lässt. Ein stabiles Land. Ein Land, das im internationalen Wettbewerb wieder ganz vorne mitspielt.

Das A und O ist jetzt, die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, indem wir Wachstum ermöglichen und insbesondere überflüssige Bürokratie abbauen. Denn eine starke Wirtschaft ist die Grundlage für Wohlstand, Stabilität und sozialen Zusammenhalt.

Es ist ein Irrglaube zu denken, dass mit einer anderen Koalition alles besser wäre. Im Gegenteil: Wir sehen weltweit, wie gefährlich ein Rechtsruck ist, etwa in Amerika, aber auch in Österreich. Uns sollte stets bewusst sein: Deutschland hat in seiner Geschichte immer dann profitiert, wenn es mit anderen Ländern kooperiert hat – und immer dann verloren, wenn es auf Nationalismus und Abschottung gesetzt hat.

Deshalb ist es wichtig, auch künftig eine verantwortungsvolle Politik der „Mitte-rechts“ zu betreiben. Dazu gehört jedoch auch, Kompromisse einzugehen und zuweilen Entscheidungen mitzutragen, die einem nicht in jedem Punkt gefallen – das betrifft uns, aber auch unseren Koalitionspartner. Dies ist jedoch mitnichten ein Zeichen von Schwäche, sondern Ausdruck demokratischer Verantwortung.

Wir sind uns der Verantwortung bewusst und bereit, diese zu tragen – für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen dieser Ausgabe und von Herzen einen guten Start ins neue Jahr!

Herzlichst

Ihre

Silke Launert

BERICHT AUS BERLIN

Bundestag beschließt Bundeshaushalt 2026: Investitionsoffensive für Wachstum, Sicherheit und Zukunftsfähigkeit

Berlin. Nach der Verabschiedung des Bundeshaushaltes 2025 Ende September (*Gesamtvolumen von rund 502,5 Milliarden Euro*) hat die schwarz-rote Koalition mit dem Ende November beschlossenen Bundeshaushalt 2026 den zweiten Aufschlag gemacht und ihre klaren finanzpolitischen Schwerpunkte fortgeschrieben: Mit Ausgaben von **524,54 Milliarden Euro** und **Investitionen auf historischem Höchststand** will die Bundesregierung **Wachstum fördern, Infrastruktur stärken** und die **Zukunftsfähigkeit Deutschlands** sichern.

Investitionen auf Rekordniveau

Mit **118,2 Milliarden Euro** erreicht das **Investitionsvolumen** des Bundes einen **Rekordwert**. Die Investitionsquote beträgt **10,5 Prozent**. Außerdem erhalten die Länder und Kommunen mit den zusätzlichen **100 Milliarden Euro** mehr Spielraum sowie größere Kreditflexibilität für Investitionen.

Start einer umfassenden Investitionsoffensive

Mit dem **Bauturbo**, der **Hightech Agenda Deutschland** und dem **Deutschlandfonds** sollen entscheidende Wachstumsimpulse gesetzt werden. Insgesamt sind rund **169 Milliarden Euro für Infrastrukturmaßnahmen** in den kommenden Jahren vorgesehen – für Straße, Schiene und Wasserwege.

Schwerpunkte:

- **Sanierung maroder Brücken und Straßen**
- Strukturelle Reform der Deutschen Bahn
- Unterstützung regionaler Luftfahrt
- Förderung innovativer Technologien in See- und Binnenhäfen

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen werden verbessert

Mit mehreren Maßnahmen sollen Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen entlastet sowie private Investitionen mobilisiert werden:

- **Wachstumsbooster**
- **Standortfördergesetz**
- **Zuschuss zu den Netzentgelten**
- **Abschaffung der Gasspeicherumlage**

Allein bei den **Energiepreisen** ergeben sich im kommenden Jahr **Entlastungen** von rund **10 Milliarden Euro**. Parallel soll die Verwaltung konsequent **digitalisiert** und **Bürokratie abgebaut** werden.

Sicherheit und Bundeswehr

Zur Sicherung der **Einsatzfähigkeit der Bundeswehr** sind bis 2029 insgesamt **600 Milliarden Euro** vorgesehen. Die Investitionen senden ein eindeutiges Signal: Deutschland bleibt ein **verlässlicher Anker in der europäischen Sicherheitsarchitektur** und ein **starker Partner innerhalb der NATO**. Zudem plant die Koalition einen **modernen, freiwilligen Wehrdienst**, der junge Menschen für verantwortungsvolle Aufgaben gewinnen soll.

BERICHT AUS BERLIN

Weitere Maßnahmen:

- **15.000 neue Plätze** in Bundesfreiwilligendienst und das Freiwillige Soziale Jahr
- **Stärkung des Ehrenamts**
- **Erhöhte Fördermittel für jüdische Gemeinschaften**, interreligiösen und interkulturellen Dialog

Innere Sicherheit wird deutlich ausgebaut

Polizei, Verfassungsschutz und **Bundeskriminalamt** erhalten **mehr finanzielle Mittel**, um besser gegen Cyberangriffe, Spionage und organisierte Kriminalität vorzugehen.

- **50 Millionen Euro** werden 2026 für den Aufbau einer **nationalen Drohnenabwehr** bereitgestellt.
- Das **Technische Hilfswerk** erhält ein umfassendes **Bauprogramm** zur Modernisierung aller 200 sanierungsbedürftigen Liegenschaften.
- Zusätzlich fließen **10 Millionen Euro** in neue Einsatz-Ausstattungen der THW-Ortsverbände.
 - *Fortsetzung des bereits im November mit dem Haushalt 2025 eingeleiteten Kurses: Auch im Haushalt 2025 hatte das Technische Hilfswerk (THW) 50 Prozent mehr Mittel erhalten und die Mittel für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) wurden fast verdreifacht.*

Forschung, Technologie und Raumfahrt

Mindestens 18 **Milliarden Euro** stehen für die **Hightech Agenda Deutschland** bereit. Die Mittel fließen in zentrale **Schlüsseltechnologien, darunter:**

- Künstliche Intelligenz
- Quantentechnologie
- Klimaneutrale Energieerzeugung
- Umweltfreundliche Mobilität

Impulse für Wohnungsbau und altersgerechtes Wohnen

Mit **800 Millionen Euro** wird die EH55-Förderung befristet wieder eingeführt, um baureife, aber ruhende Projekte zu aktivieren. So können **zehntausende neue Wohnungen** entstehen.

Zusätzliche Programme:

- **50 Millionen Euro** für „Altersgerechter Umbau“ – Fokus auf Barrierefreiheit
- Stärkung der ländlichen Räume durch:
 - vollständige **Wiedereinführung der Agrardieselmrückerstattung**,
 - **Senkung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie**,
 - **Erhöhung der Pendlerpauschale** ab 1. Januar 2026.

BERICHT AUS BERLIN

Sportförderung auf breiter Basis

Auch der Sport profitiert deutlich vom neuen Haushalt:

- Fortführung der **Sportmilliarde** – 2026 mit **333 Millionen Euro**
- **250 Millionen Euro** für die **Sanierung von Schwimmbädern**

Weitere **150 Millionen Euro** für den Spitzensport

Bundestag beschließt neues Wehrdienstmodell

Berlin. Der Deutsche Bundestag hat Anfang Dezember einen neuen, modernen Wehrdienst beschlossen.

Künftig muss das **Verteidigungsministerium dem Bundestag zweimal jährlich berichten, wie sich die Personalzahlen entwickeln.** Dabei wird ein **verbindlicher personeller „Aufwuchspfad“** gesetzlich festgeschrieben.

Sowohl junge Männer als auch Frauen werden ab dem Jahr 2026 angeschrieben. **Während die Rückmeldung für Frauen freiwillig bleibt, sind junge Männer von Anfang an verpflichtet, auf das Schreiben zu antworten – und später auch zur Musterung zu erscheinen.** Der erste betroffene Jahrgang ist 2008.



Bildnachweis: Deutscher Bundestag / Achim Melde

Die schwarz-rote Koalition erwartet, dass die Wehrdienstfrage damit wieder stärker im Alltag ankommt. In Familien solle wieder häufiger darüber diskutiert werden, welche Rolle die Bundeswehr spielt und wie wichtig ihre personelle Stärke für die Sicherheit Deutschlands ist.

Parallel wird der **freiwillige Dienst attraktiver gestaltet**, um möglichst viele junge Menschen für eine Tätigkeit bei der Truppe zu gewinnen. Doch bleibt es nicht ausschließlich bei Freiwilligkeit: Sollte sich zeigen, dass die angestrebten Personalziele nicht erreicht werden, sieht der neue Wehrdienst eine sogenannte **Bedarfswehrpflicht** vor. Sie würde im Ernstfall **durch das Parlament** aktiviert, um die **Verteidigungsfähigkeit des Landes** sicherzustellen.

Silke Launert: „Deutschland muss sich verteidigen können, um sich nicht verteidigen zu müssen. Dieser Grundsatz leitet unser Handeln in einer Zeit, in der sich die Sicherheitslage in Europa massiv verändert hat. Unser Ansatz schafft dabei das richtige Verhältnis zwischen Freiwilligkeit und Verpflichtung. Wichtig ist allerdings zu wissen, dass die Wehrpflicht vor allem auch zur Gewinnung von gutem Personal in der Bundeswehr dient und Wehrdienstleistende nicht im Verteidigungs-/Kriegsfall eingesetzt werden.“

In zahlreichen Gesprächen über die Weihnachtsfeiertage habe Silke Launert zudem festgestellt, dass vielen Menschen die Gründe für die unterschiedliche Behandlung von Männern und Frauen nicht bewusst seien. Diese lägen insbesondere im Grundgesetz, denn aufgrund der Erfahrungen des Nationalsozialismus ist dort verankert, dass niemand zur Arbeit gezwungen werden darf (Artikel 12 Abs. 2 GG). Abweichungen hiervon sind nur zulässig, wenn das Grundgesetz selbst eine entsprechende Regelung vorsieht. Nach der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts war dies ausschließlich für Männer im Rahmen der Wehrpflicht möglich. Für eine Änderung wäre daher eine Verfassungsänderung nötig, welche eine Zweidrittelmehrheit im Deutschen Bundestag braucht, welche derzeit nicht gegeben ist.

BERICHT AUS BERLIN

70 Jahre Bundeswehr – Sicherheit für Deutschland und Europa

Berlin. Vor 70 Jahren, am 12. November 1955, wurde die Bundeswehr gegründet. Seit diesem Tag ist ihr im Grundgesetz festgelegter Auftrag unverändert: die **Verteidigung Deutschlands und seiner Verbündeten**.

CSU und CDU senden in diesem Zusammenhang eine unmissverständliche Botschaft: **Unsere Soldatinnen und Soldaten verdienen höchste Anerkennung. Denn sie setzen ihre Gesundheit und im Ernstfall auch ihr Leben ein, um uns alle und unsere Freiheit zu schützen.**

Heute – angesichts neuer Bedrohungen – **müssen Deutschland und Europa ihre Sicherheit stärker als zuvor selbst gewährleisten**. Für die Union ist daher klar: Es müssen alle Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Bundeswehr ihre Aufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung uneingeschränkt erfüllen kann.

Silke Launert: *„Unsere Freiheit, unsere Demokratie und unser Frieden sind nicht selbstverständlich. Die Frauen und Männer der Bundeswehr verdienen Respekt, Unterstützung und beste Bedingungen für ihren Dienst an unserem Land.“*

Turbo-Einbürgerung der Ampel abgeschafft

Berlin. Der Deutsche Bundestag hat die sogenannte „**Turbo-Einbürgerung**“ **abgeschafft**. Mit der neuen Regelung wird die von der Ampel-Koalition eingeführte Möglichkeit, im Falle von sogenannten „besonderen Integrationsleistungen“ bereits nach drei Jahren eingebürgert zu werden, zurückgenommen.

Hierzu erklärt die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin **Dr. Silke Launert**:

„Wir halten unser Versprechen und schaffen die von der Ampel eingeführte Turbo-Einbürgerung wieder ab. Die Einbürgerung darf nicht am Anfang der Integration stehen, sondern muss das Ergebnis eines gelungenen Integrationsprozesses sein. Integration braucht Zeit, Verlässlichkeit und ein glaubwürdiges Bekenntnis zu unseren Werten. Drei Jahre können hierfür niemals ausreichen.“

Künftig gilt eine **Mindestaufenthaltszeit von fünf Jahren**. Weitere Verkürzungen sind nicht mehr möglich. Mit dieser Entscheidung stellt die unionsgeführte Bundesregierung sicher, dass die Einbürgerung **wieder ein bewusster und gewichtiger Schritt** ist – und nicht nur ein Verwaltungsakt.

Silke Launert betont: *„Die Einbürgerung ist mehr als ein Formular oder ein Stempel. Sie ist ein klares Bekenntnis zu unserem Land und seinen Werten. Mit unserer Entscheidung sorgen wir dafür, dass dieses Bekenntnis wieder Gewicht hat.“*

BERICHT AUS BERLIN

Die Migrationswende zeigt Wirkung

Berlin. Die aktuellen Zahlen belegen: **Die illegale Migration nach Deutschland nimmt spürbar ab.** Die Zahl der gestellten **Asyl-Erstanträge** hat sich 2025 im Vergleich zum Vorjahr **halbiert**. Nach **Bayern** kamen seit Beginn des Jahres 2025 (bis Oktober) sogar **58 Prozent weniger** Asylsuchende als im Vorjahreszeitraum.

Deutschland ist damit nicht mehr das Hauptziel für Asylsuchende in Europa. Gründe hierfür sind unter anderem die **verschärften Grenzkontrollen und Zurückweisungen**, die Bundesinnenminister Alexander Dobrindt **bereits einen Tag nach dem Regierungswechsel** angeordnet hatte. Seit ihrer Einführung sind bereits **24.400 Personen an der Grenze zurückgewiesen** oder zurückgeschoben (nach einem Aufgriff zurückgebracht) worden. Für die CSU ist klar: **Die Grenzkontrollen werden beibehalten, solange sie nötig sind.**



Dr. Silke Launert: „Erst durch den massiven Druck von CSU und CDU konnte dieser Kurswechsel eingeleitet werden. Heute ist Deutschland nicht mehr das Asylland Nummer eins in Europa – ein wichtiger Erfolg gerade für unsere Kommunen, die endlich spürbar entlastet werden.“

Regierung treibt Kurswechsel in der Migrationspolitik voran

Berlin. Die schwarz-rote Koalition setzt weitere Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag zur Neuordnung der Migrationspolitik um. Künftig können **sichere Herkunftsstaaten per Rechtsverordnung** eingestuft werden. Durch dieses Verfahren sollen Entscheidungen schneller fallen und Verfahren effizienter gestaltet werden. In der Vergangenheit ist die Einstufung von Ländern als sichere Herkunftsländer häufig an der Blockade im Bundesrat durch Länder mit rot/grüner Regierungsbeteiligung gescheitert.

Auch bei Rückführungen greift die Koalition durch: Die erst von der Ampelkoalition eingeführte **Pflicht zur Bestellung eines anwaltlichen Vertreters bei Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam wird abgeschafft**. Die Regierung erwartet dadurch eine Beschleunigung der Abläufe.

Im Einbürgerungsrecht werden ebenfalls strengere Regeln eingeführt. Wer im Einbürgerungsverfahren betrügt, etwa durch gefälschte Sprachzertifikate, erhält eine **zehnjährige Einbürgerungssperre**.

BERICHT AUS BERLIN

Bundestag verabschiedet Rentenpaket

Berlin. Der Bundestag hat Anfang Dezember ein umfangreiches Reformpaket zur Rente beschlossen. Ein zentraler Punkt: **Rentnerinnen und Rentner** können ab Januar 2026 bis zu **2.000 Euro pro Monat steuerfrei hinzuverdienen**. Die schwarz-rote Koalition will damit ältere Beschäftigte länger im Arbeitsleben halten und Unternehmen ermöglichen, auf wertvolle Berufserfahrung zurückzugreifen.

Ein weiterer großer Schritt ist die „**Mütterrente III**“. Für Kinder, die **vor 1992** geboren wurden, werden künftig bis zu **drei Jahre Kindererziehungszeit** anerkannt – genauso wie für später geborene Kinder.



Bildnachweis: Deutscher Bundestag / Henning Schacht

Das Paket beinhaltet außerdem die **Abschaffung des bisherigen Vorbeschäftigungsverbots**, eine **Stärkung der Betriebsrente** sowie die **Haltelinie von 48 Prozent** bis zum Jahr 2031.

Neue Rentenkommission kommt früher

Um weitere Reformen vorzubereiten, setzt die Regierung **bereits im Dezember 2025** eine neue **Rentenkommission** ein. Sie soll ihre **Vorschläge bis Mitte 2026 vorlegen** – deutlich früher als ursprünglich vorgesehen. In dem Gremium sollen auch die **Interessen jüngerer Generationen ausdrücklich berücksichtigt** werden. Auf Basis der Empfehlungen ist ein weiteres Reformpaket („Rentenpaket II“) für 2026 geplant.

Stärkung der privaten Vorsorge

Parallel dazu arbeitet das Finanzministerium an einer **grundlegenden Überarbeitung der privaten Altersvorsorge** sowie an Konzepten für eine **Frühstartrente**. Die Koalition wird überdies unter anderem mit den Dividenden eines Aktienpakets aus Beteiligungen des Bundes im Wert von 10 Mrd. Euro den **Aufbau der privaten Altersversorgung der jungen Generation** fördern.

Förderprogramm für E-Autos



Berlin. Die Bundesregierung plant ein umfangreiches Förderprogramm, um den Kauf und das Leasing von Elektro- und Plug-in-Hybrid-Fahrzeugen attraktiver zu machen – insbesondere für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen. Es sollen dabei nicht nur **reine Elektroautos**, sondern auch **Plug-in-Hybride** bezuschusst werden.

Förderberechtigt sind Haushalte mit einem **zu versteuernden Jahreseinkommen bis zu 80.000 Euro**. Die Grenze erhöht sich **pro Kind um weitere 5.000 Euro**. Die **Basisförderung beträgt 3.000 Euro** und kann durch einen **Kinderzuschlag von 500 Euro pro Kind** auf **maximal 4.000 Euro** anwachsen. Für Haushalte mit einem **Netto-Einkommen unter 3.000 Euro im Monat** ist zudem eine **Zusatzförderung von 1.000 Euro** vorgesehen.

Das Programm befindet sich derzeit in der Ausarbeitung und soll bis Ende 2025 stehen. Der Start ist für das Jahr 2026 geplant.

BERICHT AUS BERLIN

Die Sportmilliarde kommt

Berlin. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat in seiner Bereinigungssitzung Anfang September den Weg für die Wiederauflegung des Programms zur Sanierung kommunaler Sportstätten frei gemacht. Ausgestattet wird dieses mit **einer Milliarde Euro für vier Jahre.**

„Das ist ein starkes Signal für unsere Städte und Gemeinden. Bereits in der Vergangenheit konnten mit diesem Programm zahlreiche Projekte umgesetzt werden – etwa die Sanierung der Christian-Sammet-Halle in Pegnitz oder verschiedener Freibäder in der Fränkischen Schweiz, darunter Egloffstein, Gräfenberg und Streitberg sowie die Sanierung des Sportplatzes in Escherlich (Bad Berneck). Hinzu kommen der Ersatzneubau der Sporthalle mit Kegelanlage in Heinersreuth und das Sportzentrum Ebermannstadt“, so die Bayreuther Bundestagsabgeordnete **Silke Launert.**

Besonders wichtig: Die **Förderbedingungen werden vereinfacht.** Weniger Bürokratie bedeutet, dass die Mittel schneller bei den Kommunen ankommen.



Silke Launert: „Sportstätten sind Orte der Begegnung und des Miteinanders – ihre Förderung ist eine Investition in unsere Gesellschaft.“

Wiedereinführung der Agrardieselmrückvergütung

Berlin. Der Bundestag hat Anfang November die **Wiedereinführung der Agrardieselmrückvergütung** beschlossen. Damit wird eine Kernforderung der Landwirtschaft erfüllt und ein zentrales **Versprechen aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt.**

Ab dem **1. Januar 2026** erhalten Land- und Forstwirte **21,48 Cent pro Liter Diesel zurück.** Das bedeutet eine dauerhafte Entlastung von rund **430 Millionen Euro jährlich.** Diese Maßnahme reagiert die Bundesregierung auf die massive Kritik aus der Landwirtschaft. Viele Landwirte haben bislang kaum Möglichkeit, auf alternative Antriebe wie Elektrofahrzeuge umzusteigen, und sind zugleich stark von den gestiegenen Mindestlohnkosten betroffen. Daher stellt sich für viele zunehmend die Frage nach der Fortführung ihrer landwirtschaftlichen Betriebe. Mit der Rückvergütung möchte die schwarz-rote Bundesregierung ein klares Signal senden. Die Lebensmittelproduktion im eigenen Land ist unverzichtbar und ausdrücklich gewollt. Ziel ist es, die **Wettbewerbsfähigkeit** der Betriebe zu stärken und wieder **Planungssicherheit** zu schaffen. Zugleich soll **Bürokratie abgebaut** werden.

Zum Hintergrund: Mit dem Gesetz korrigiert die Koalition die Entscheidung der Ampel-Regierung, die Entlastung vollständig zu streichen. Landwirtschaftliche Betriebe wären sonst ab 2026 überhaupt nicht mehr steuerlich entlastet worden.

Silke Launert: „Mit der Rückkehr der Agrardieselmrückvergütung setzt die Bundesregierung ein klares Signal für die Zukunftsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft.“

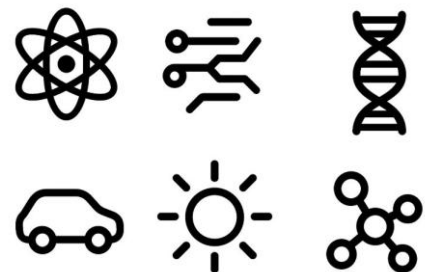
BERICHT AUS BERLIN

Hightech Agenda Deutschland: Aufbruch in eine neue Innovationsära

Berlin. Deutschland steht vor einem großen Technologiesprung. Mit der neuen **Hightech Agenda Deutschland** legt die unionsgeführte Bundesregierung den Grundstein für eine Neuausrichtung der Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik. In einer **Aktuellen Stunde** im Deutschen Bundestag im Herbst wurde deutlich: Ziel ist es, Deutschland durch wissenschaftlichen Fortschritt und technologische Stärke **unabhängiger, wettbewerbsfähiger und zukunftsfähiger** zu machen.

Im Mittelpunkt der Agenda stehen **sechs Schlüsseltechnologien**, die maßgeblich über die Wettbewerbsfähigkeit der kommenden Jahrzehnte entscheiden werden:

- Künstliche Intelligenz
- Quantentechnologien
- Mikroelektronik
- Biotechnologie
- Fusionsenergie und klimaneutrale Stromerzeugung
- Technologien für nachhaltige Mobilität



Forschungsministerin **Dorothee Bär (CSU)** brachte es in ihrer Rede auf den Punkt:

„Wir bringen Deutschland voran, damit Deutschland wieder Top-Technologieland wird.“

Das Herzstück der Agenda bilden **Roadmaps**, die gemeinsam mit Partnern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gesellschaft, den Ländern und der EU entwickelt werden. Sie definieren die nächsten Schritte, um exzellente Forschungsergebnisse schneller in marktfähige Produkte und Anwendungen zu überführen.

Dr. **Silke Launert**, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt, betont die Bedeutung dieser Strategie:

„Technologie ist keine abstrakte Idee. Sie ist die Basis für unseren Wohlstand, unsere Unabhängigkeit und die Arbeitsplätze von morgen – nur so lassen sich unsere sozialen Sicherungssysteme finanzieren.“

Unstrittig ist: Deutschland verfügt über eine herausragende Forschungslandschaft. Entscheidend ist jedoch, dass diese wissenschaftliche Exzellenz auch wirtschaftlich wirksam wird. Dazu Launert:

„Es reicht nicht, wenn die Schlagzeilen und Geschäftsmodelle in den USA oder China entstehen – bei Spitzenforschung made in Germany müssen auch Produkte und Anwendungen made in Germany folgen. Zudem ist es völlig legitim, mit Forschung und Erfindungen auch wirtschaftlichen Erfolg zu erzielen. Nur wenn aus klugen Ideen funktionierende Geschäftsmodelle werden, bleibt Deutschland innovativ und unabhängig.“

Mehr zur Hightech Agenda unter:

https://www.bmfr.bund.de/DE/Technologie/HightechAgenda/HightechAgenda_node.html

BERICHT AUS BERLIN

Neuer „Bau-Turbo“ ermöglicht schnelleren Wohnungsbau

Berlin. Der Deutsche Bundestag hat eine **neue Sonderregelung** im Baugesetzbuch beschlossen. Mit dem neuen § 246e BauGB und weiteren flankierenden Neuregelungen werden weitreichende Abweichungen vom bisherigen Bauplanungsrecht ermöglicht. Ziel ist es, **Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich zu beschleunigen** und so **mehr bezahlbaren Wohnraum** zu schaffen.

„Wir brauchen schnell mehr bezahlbaren Wohnraum. Mit dem neuen § 246e Baugesetzbuch schaffen wir die Grundlage dafür, dass Gemeinden schneller planen, genehmigen und bauen können“, erklärt die Bayreuther Bundestagsabgeordnete **Dr. Silke Launert**.

Die neue Sonderregelung ermöglicht es den Kommunen, **Wohnungen schneller zu errichten, Gebäude aufzustocken, zu erweitern oder umzuwidmen**. Wenn sich eine Kommune entscheidet, diesen neuen **Bau-Turbo** zu nutzen, können zusätzliche Wohnungen **bereits nach einer dreimonatigen Prüfung** durch die Gemeinde zugelassen werden. Die **Aufstellung oder Änderung von Bebauungsplänen** ist dann nicht mehr erforderlich.

Ein weiterer wichtiger Schritt: Die **Lärmschutzvorgaben** werden künftig **flexibler gehandhabt**. Kommunen können nun von den bisherigen Bestimmungen der **TA Lärm** abweichen, wenn dies für die Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum erforderlich ist. **Jetzt komme es auf unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister an, diese Chancen zu nutzen**, so Launert.

„Der Bau-Turbo ist ein großer Schritt nach vorn – aber nur der Anfang“, betont die Abgeordnete weiter. *„Wir bereiten bereits eine umfassende Baugesetzbuch-Novelle vor. Unser Ziel ist es, das Bau- und Planungsrecht dauerhaft zu entschlacken und auf Schnelligkeit und Effizienz auszurichten.“*

Parallel dazu arbeitet die Bundesregierung an der Einführung des sogenannten **Gebäudetyps E** („E“ für **Einfaches Bauen**). Dieser soll es Bauherren künftig ermöglichen, **von überzogenen Baustandards rechtssicher abzuweichen** – ohne auf Qualität oder Sicherheit zu verzichten.

„Deutschland braucht endlich wieder eine Baupolitik, die pragmatisch denkt, Verfahren beschleunigt und Bauen wieder bezahlbar macht“, so Launert abschließend.



BERICHT AUS BERLIN

100 Milliarden Euro für eine starke Infrastruktur in den Ländern

Berlin. Deutschland stärkt die Infrastruktur in den Bundesländern: Der Bundestag hat Anfang Oktober die rechtliche Grundlage dafür geschaffen, dass Länder und Kommunen **100 Milliarden Euro** aus dem Sondervermögen für Investitionen erhalten. So will die schwarz-rote Koalition die Basis für moderne Städte, funktionierende Verkehrswege und zukunftsfähige Einrichtungen vor Ort schaffen.

Verteilt werden die Mittel in Anlehnung an den **Königsteiner Schlüssel**. **Bayern erhält rund 15,7 Prozent** der Gelder.

Gefördert werden ausschließlich **neue Projekte, die ab dem 1. Januar 2025** begonnen wurden, mit einem Mindestinvestitionsvolumen von **50.000 Euro**. **Bewilligungen sind bis Ende 2036 möglich**, die Investitionen selbst können bis Ende 2042 umgesetzt werden. So ist genügend Zeit für große, langfristig wirksame Vorhaben.

Besonders wichtig: **finanzschwache Kommunen sollen gezielt gestärkt werden**, damit die Mittel dort ankommen, wo sie am dringendsten benötigt werden. Auf diese Weise profitieren alle Regionen – egal ob Stadt oder ländlicher Raum.

Die Investitionen fließen in **neun zentrale Bereiche**, die für das tägliche Leben und die Zukunftsfähigkeit Deutschlands entscheidend sind:

- Bevölkerungsschutz
- Verkehr und Infrastruktur
- Krankenhäuser, Rehabilitations- und Pflegeeinrichtungen
- Energie- und Wärmeversorgung
- Bildung und Betreuung
- Wissenschaft und Forschung
- Digitalisierung



Silke Launert: „Mit diesem Paket senden wir ein klares Signal: Wir investieren nicht irgendwo – sondern genau dort, wo die Menschen es direkt erleben. Jede Investition stärkt unsere Infrastruktur, unsere Wirtschaft und die Lebensqualität in den Kommunen.“

BERICHT AUS BERLIN

Bundestag legt wichtigen Grundstein für weniger Bürokratie

Berlin. Der Deutsche Bundestag hat Mitte Oktober einen entscheidenden Schritt zur Reduzierung unnötiger Bürokratie gemacht und **die Grundlage für eine bundesweit einheitliche digitale Datenplattform** geschaffen. Erst auf dieser Basis kann künftig ein **automatisierter Austausch zwischen Behörden von Bund und Ländern** aufgebaut werden.

Was bedeutet das für die Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen?

- **Nachweise und Daten sollen künftig nur noch einmal bei der Verwaltung eingereicht werden müssen.**
- Was bereits bei einer Verwaltungsbehörde liegt, soll anderen automatisch zur Verfügung stehen – ganz nach dem **„Once-Only-Prinzip“**.

Noch ist das System nicht fertiggestellt – aber mit dem Beschluss des Bundestages ist der Startschuss gefallen. Zunächst wird das Prinzip bei digitalen Verwaltungsleistungen nach dem Onlinezugangsgesetz umgesetzt, weitere Bereiche sollen folgen.

Ein klarer Schritt in Richtung moderner Verwaltung – **mit dem Ziel: weniger Aufwand für alle.**



CO₂-Speicherung und -Nutzung: Ein wichtiger Schritt für Klimaschutz und Industrie

Berlin. Mit einem neuen Gesetz schafft der Bund erstmals den rechtlichen Rahmen, um **CO₂ im industriellen Maßstab zu speichern und zu nutzen**. Das ist ein entscheidender Fortschritt für Branchen, in denen Emissionen technisch kaum vermeidbar sind – etwa in der **Zement-, Kalk- oder Chemieindustrie**.

Dabei kommen zwei Verfahren zum Einsatz:

- **CCS (Carbon Capture and Storage)** – das Abscheiden und dauerhafte Speichern von CO₂ in tiefen geologischen Schichten.
- **CCU (Carbon Capture and Utilization)** – die Nutzung des abgeschiedenen CO₂, zum Beispiel als Rohstoff in industriellen Prozessen.

Beide Technologien gelten als **sicher** und werden etwa in **Norwegen seit Jahren erfolgreich eingesetzt**. Das neue Gesetz legt die Grundlage für eine **Transport- und Speicherinfrastruktur**, schafft **Rechtssicherheit** und setzt **klare Umwelt- und Sicherheitsstandards**: Eine Speicherung in Küstengewässern oder Meeresschutzgebieten bleibt ausgeschlossen.

BERICHT AUS BERLIN

Für eine respektvolle Debattenkultur im Deutschen Bundestag



© Deutscher Bundestag / Werner Schüring

Berlin. In der Vergangenheit kam es im Deutschen Bundestag immer wieder zu Verstößen gegen die geltenden Debattenregeln. Um einen **konstruktiven Meinungs Austausch zu gewährleisten** und gleichzeitig die Ordnung im Plenum zu sichern, hat der Deutsche Bundestag Mitte Oktober die Regeln für das Verhalten im Bundestag verschärft. Ziel ist es, eine Kultur zu stärken, in der **Streit sachlich bleibt** und **persönliche Angriffe keinen Platz haben**.

Die neuen Regelungen im Überblick

- **Dreifacher Ordnungsruf in einer Sitzung:** Wer dreimal zur Ordnung gerufen wird, wird für den Rest der Sitzung ausgeschlossen.
- **Ordnungs- und Bußgelder bei wiederholten Verstößen:** Drei Ordnungsrufe innerhalb von drei Sitzungswochen führen zu einem Ordnungsgeld von 2.000 €, im Wiederholungsfall zu 4.000 €. Bei besonders schwerwiegenden Verstößen kann ein Ordnungsgeld ohne vorherige Ermahnung verhängt werden.
- **Wortentzug:** Wer als Redner dreimal zur Sache gerufen wird, verliert das Rederecht zum betreffenden Verhandlungsgegenstand.

Dr. Silke Launert: „Unsere parlamentarische Demokratie lebt vom offenen Austausch und kontroversen Debatten. Gerade in Zeiten zunehmender Angriffe auf unsere demokratischen Institutionen ist es aber entscheidend, dass der Deutsche Bundestag ein Vorbild für fairen und respektvollen Umgang bleibt. **Hart in der Sache** zu streiten gehört dazu – **Respekt und Fairness im Umgang** miteinander sind indes zugleich elementar für den Erhalt unserer Demokratie.“

Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Corona-Pandemie gestartet

Berlin. Anfang September hat sich die Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Corona-Pandemie und Lehren für zukünftige Krisen“ konstituiert. Zur Vorsitzenden wurde Franziska Hoppermann (CDU) in geheimer Wahl einstimmig gewählt.

Die Kommission hat den Auftrag, die **Pandemie umfassend zu analysieren**: Ursachen, Verlauf, Folgen sowie die staatlichen Maßnahmen. Ziel ist es, ein transparentes Gesamtbild zu schaffen und die richtigen Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. So soll Deutschland bei künftigen Krisen schneller, wirksamer und mit klarer Kommunikation handeln können.

Der Abschlussbericht ist bis zum **30. Juni 2027** vorgesehen. Bis dahin wird die Kommission regelmäßig – etwa einmal im Monat – tagen.

BERICHT AUS BERLIN

Silke Launert vertritt Bundesforschungsministerin im Bundeskabinett

Berlin. Zu den Aufgaben von Dr. Silke Launert als Parlamentarische Staatssekretärin gehört es, die Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt, Dorothee Bär, im Plenum des Deutschen Bundestages, in Ausschüssen und Arbeitsgruppen zu vertreten. Dort beantwortet sie Fragen der Parlamentarierinnen und Parlamentarier, nimmt zudem stellvertretend an Terminen im In- und Ausland teil und vertritt die Ministerin im Bundeskabinett. Dabei erhielt sie einen Eindruck von den Themen, an denen die Bundesregierung arbeitet und von der Geschwindigkeit davon, mit der bereits viele Gesetzespakete verabschiedet wurden.



Mehr Cybersicherheit für Deutschland 🖥️🔒

Berlin. Unsere Welt wird immer digitaler – und damit leider auch anfälliger für Cyberangriffe. Ob Stromnetz, Krankenhaus, Bahn oder Verwaltung: Wenn Systeme lahmgelegt werden, betrifft das uns alle. Um Deutschland besser zu schützen, hat der Bundestag jetzt ein neues **Cybersicherheitsgesetz** beschlossen. Es setzt die europäische **NIS-2-Richtlinie** („Network and Information Security“) in deutsches Recht um – und sorgt damit für deutlich **mehr Sicherheit in der digitalen Welt**. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode hatte Silke Launert als Mitglied des Innenausschusses in einer Rede auf die Verzögerungen bei der Umsetzung durch die Ampelkoalition hingewiesen. Umso mehr freute es sie, dass die neue Bundesregierung, die notwendigen Maßnahmen nun umgesetzt hat.



Konkret bedeutet dies, dass künftig in ganz Deutschland **einheitliche und verbindliche IT-Sicherheitsstandards** für Unternehmen und Behörden gelten. Neben den sogenannten **Kritischen Infrastrukturen** (z. B. Energie, Wasser, Gesundheit oder Transport) fallen nun auch viele „wichtige“ und „besonders wichtige Einrichtungen“ unter die neuen Regeln.

Alle betroffenen Einrichtungen müssen künftig **umfassende Sicherheitsmaßnahmen** einführen, um ihre IT-Systeme zu schützen.

Zudem gelten künftig **klare Meldepflichten bei Cyberangriffen**: Eine erste Meldung muss innerhalb von 24 Stunden erfolgen, ein Zwischenbericht nach 72 Stunden und ein Abschlussbericht innerhalb eines Monats. So können Behörden und Unternehmen **frühzeitig reagieren**, Angriffe eindämmen und weitere Schäden verhindern.

BERICHT AUS BERLIN

Abschaffung der Gasspeicherumlage

Berlin. Ab dem **1. Januar 2026** wird die **Gasspeicherumlage vollständig abgeschafft**. Dies hat der Deutsche Bundestag Anfang November mit den Stimmen der Regierungsfractionen beschlossen. **Privathaushalte und Unternehmen werden hierdurch um über drei Milliarden Euro entlastet.** Die Weitergabe dieser Entlastung an die Endkundinnen und Endkunden wird kontrolliert. *Zum Hintergrund:* Ursprünglich war die Umlage in der Energiekrise notwendig, um die Gasversorgung in Deutschland zu sichern.

Mit der Abschaffung wird nun nicht nur die Gasrechnung niedriger – auch die **Strompreise dürften sinken**, weil Gaskraftwerke künftig günstiger produzieren können. Die Maßnahme ist Teil des **Energiepreis-Entlastungspakets** im Koalitionsvertrag und sorgt für dauerhaft bezahlbare Energie.

6,5 Milliarden Euro Bundeszuschuss für stabile Strompreise



Berlin. Haushalte und Unternehmen sollen 2026 von **sinkenden Stromkosten** profitieren: Der Bundestag hat daher beschlossen, die Übertragungsnetzbetreiber mit **6,5 Milliarden Euro** aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) zu unterstützen. Ziel ist es, die sogenannten **Übertragungsnetzentgelte – also die Kosten für den Stromtransport – zu senken**. Stromlieferanten werden verpflichtet, die Entlastung direkt an die Verbraucherinnen und Verbraucher weiterzugeben. Damit sorgt der Bund für **stabile Strompreise**, eine **verlässliche Energieversorgung** und **spürbare Entlastung für Haushalte und Betriebe**.

Senkung der Stromsteuer - CSU drängt auf nächsten Schritt

Berlin. Gleich zu Beginn ihrer Amtszeit hat die schwarz-rote Koalition die **Stromsteuer für Unternehmen des produzierenden Gewerbes sowie für die Landwirtschaft dauerhaft auf den EU-Mindestsatz von 0,05 Cent pro Kilowattstunde gesenkt**. Rund 600.000 Betriebe profitieren von dieser spürbaren Entlastung – ein erster, aber entscheidender Schritt.

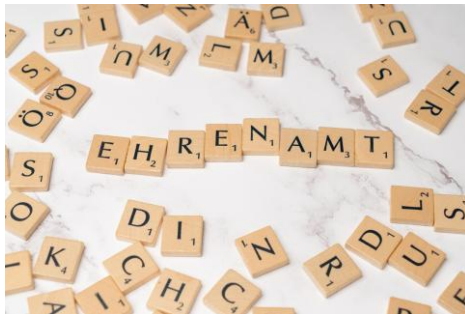
Für die CSU ist klar: Dabei darf es nicht bleiben. Deutschland zählt im europäischen Vergleich weiterhin zu den Ländern mit den höchsten Stromkosten. Das schwächt Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit und trifft insbesondere Familien, den Mittelstand sowie Menschen mit geringeren Einkommen. **Deshalb setzt sich die CSU mit Nachdruck dafür ein, in einem nächsten Schritt auch mittelständische Unternehmen, das Handwerk und private Haushalte bei der Stromsteuer zu entlasten.**

BERICHT AUS BERLIN

Steuerreform 2025 bringt spürbare Entlastungen

Berlin. Mit dem Beschluss des Steueränderungsgesetzes 2025 hat die Union zentrale steuerpolitische Wahlversprechen umgesetzt.

Ein wichtiges Element ist die **Erhöhung der Entfernungspauschale auf 38 Cent ab dem ersten Kilometer**. Pendlerinnen und Pendler sollen damit kräftig entlastet werden.



Dies hilft vor allem Menschen im ländlichen Raum wie in der Umgebung von Bayreuth. Die Maßnahme ist ein Akt der Gerechtigkeit gegenüber all jenen, die auf das Auto angewiesen sind und nicht die Möglichkeit haben, das Deutschlandticket zu nutzen. Gleichzeitig profitieren auch diejenigen von der erhöhten Pauschale, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit fahren.

Zudem stärkt die Reform den gesellschaftlichen Zusammenhalt: Wer sich ehrenamtlich engagiert, erhält bessere steuerliche Rahmenbedingungen. Die **Übungsleiterpauschale steigt auf 3.300 Euro**, die **Ehrenamtpauschale auf 960 Euro**.

Auch die Gastronomie kann aufatmen: Der **Umsatzsteuersatz für Speisen wird dauerhaft auf 7 Prozent reduziert**.

Silke Launert: „Ich begrüße ausdrücklich, dass der Bundestag die dauerhafte Senkung des Umsatzsteuersatzes für Speisen in der Gastronomie beschlossen hat. Dieser Schritt ist richtig und notwendig. Zwar gehe ich nicht davon aus, dass jeder Betrieb seine Preise senken wird.“

Die Entlastung kommt allerdings genau in einer Zeit, in der die Branche mit vielfältigen Belastungen ringt: dem steigenden Mindestlohn und den dadurch höheren Löhnen der übrigen Beschäftigten, deutlich gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreisen sowie einem spürbaren Fachkräftemangel.

Mit dieser Entscheidung wollen wir finanzielle Nachteile abfedern und Anreize setzen, damit Betriebe weiterhin bestehen können. Diese Entscheidung ist deshalb ein klares Signal: Wir stehen an der Seite der Gastronominnen und Gastronomen. Wir brauchen sie – und wir unterstützen sie. Gastwirtschaften sind Orte der Verpflegung für Menschen, die nicht täglich kochen können oder wollen, Räume der Begegnung und des gesellschaftlichen Miteinanders – sei es beim Feiern von Festen, beim Treffen mit Freunden oder als wichtiger Bestandteil von Tourismusregionen.“



BERICHT AUS BERLIN

Pflege stärken: Mehr Verantwortung, weniger Bürokratie

Berlin. Pflegefachpersonen dürfen künftig – entsprechend ihrer Qualifikation – **mehr Verantwortung übernehmen** und **eigenständig Leistungen erbringen**, die bislang Ärztinnen und Ärzten vorbehalten waren. Das hat der Deutsche Bundestag Anfang November mit den Stimmen der Regierungsfractionen beschlossen. Zu dem erweiterten Leistungskatalog gehören etwa das Management chronischer Erkrankungen oder Verordnungen im Rahmen der häuslichen Krankenpflege.



Gleichzeitig wird der Pflegealltag deutlich entlastet:

- **Weniger Bürokratie**
- **Formulare & Anträge sollen vereinheitlicht und in ihrer Anzahl reduziert werden**
- Prüfungen bei ambulanten Pflegediensten/teilstationären Pflegediensten mit hoher Qualität: noch alle 2 Jahre (statt jährlich)
- **Beratungsbesuche bei Pflegegrad 4 & 5 künftig halbjährlich** statt vierteljährlich
- Regelprüfungen durch den Medizinischen Dienst (MD) werden früher angekündigt

Darüber hinaus werden **innovative Wohnformen** gefördert, die neue gemeinschaftliche Pflegekonzepte ermöglichen. Zudem erhalten Kommunen **mehr Einfluss** auf die Gestaltung der pflegerischen Infrastruktur vor Ort.

Weitere gesetzliche Anpassungen betreffen unter anderem das **Kinderkrankengeld**, das auf 15 Arbeitstage fortgeschrieben wird, sowie den **ärztlichen Notdienst**, der künftig rechtssicher auch als selbstständige Tätigkeit ausgeübt werden kann.

Pflegefachassistenzgesetz: Einheitliche Ausbildung – bessere Chancen

Berlin. Mit dem neuen **Pflegefachassistenzgesetz** wird die Ausbildung in der Pflege **bundesweit vereinheitlicht**. Statt bislang 27 verschiedener Modelle gibt es künftig **eine einheitliche, moderne Ausbildung**, die in **allen Bereichen der Pflege** – Klinik, Pflegeheim und ambulant – qualifiziert.

Die Ausbildung dauert **18 Monate in Vollzeit** (auch Teilzeit ist möglich) und wird **durchgehend vergütet**. Voraussetzung ist in der Regel ein **Hauptschulabschluss**, in begründeten Ausnahmefällen auch ohne Schulabschluss. Vorherige Pflegeerfahrungen können angerechnet werden und verkürzen die Ausbildungszeit.

Der Abschluss eröffnet neue **Aufstiegsmöglichkeiten** – etwa den Übergang in die Ausbildung zur Pflegefachkraft oder in ein Pflegestudium. Auch die **Anerkennung ausländischer Abschlüsse** wird vereinfacht.

Mit der neuen Pflegefachassistenz wird die Arbeit in der Pflege nicht nur attraktiver, sondern entlastet auch die Fachkräfte spürbar – ein Gewinn für alle Beteiligten.

BERICHT AUS BERLIN

15 Millionen Euro für das THW Pegnitz – Rekordinvestitionen in den Bevölkerungsschutz

Berlin/Pegnitz. Tolle Neuigkeiten für den Zivil- und Bevölkerungsschutz in der Region: Im Bundeshaushalt 2026 sind insgesamt **15 Millionen Euro für das Technische Hilfswerk (THW) Pegnitz** hinterlegt. Damit kann der Ortsverband künftig bis zu 15 Millionen Euro für dringend benötigte Baumaßnahmen abrufen. Die Mittel sind Teil des groß angelegten **THW-Bauprogramms des Bundes**, mit dem ab dem kommenden Jahr bundesweit **rund 200 Bauprojekte angestoßen** werden sollen. Der Bund stellt hierfür rund **2,83 Milliarden Euro** bereit. Der überwiegende Teil der Mittel – 2,74 Milliarden Euro – wird ab 2027 zur Verfügung stehen.

Auch der **Gesamtetat des THW erreicht ein neues Rekordniveau**: Der Haushalt der Bundesanstalt steigt 2026 um knapp 200 Millionen Euro auf insgesamt **642 Millionen Euro**. Damit setzt der Bund ein klares Zeichen für einen starken, modernen Bevölkerungsschutz.

Neben den deutschlandweiten Investitionen in Gebäude und Infrastruktur profitieren zudem auch mehrere Ortsverbände in der Region von zusätzlicher Ausstattung. Wie die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin Silke Launert (CSU) mitteilt, **erhalten die Ortsverbände in Pegnitz, Selb, Kulmbach und Marktredwitz neue Fahrzeuge, moderne Funktechnik und neue Dienstkleidung**. Das Ausstattungspaket umfasst insgesamt **sechs neue Fahrzeuge und Anhänger** im Gesamtwert von rund 500.000 Euro. Hinzu kommen **neue Dienstkleidungen** im Wert von etwa 175.000 Euro sowie 42 **moderne Handfunkgeräte**, die die Einsatzfähigkeit der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer deutlich verbessern.

„Die aktuellen Beschlüsse stärken das THW nachhaltig in seiner Rolle als zentrale Einsatzorganisation des Bundes im Zivil- und Bevölkerungsschutz. Ein moderner Bevölkerungsschutz braucht starke Strukturen – und ein starkes THW. Genau dieses Signal sendet der Bund“, betont Launert.

Die vergangenen Jahre hätten eindrücklich gezeigt, wie unverzichtbar die Arbeit des Technischen Hilfswerks sei – ob bei Extremwetterereignissen, großen Bränden, Stromausfällen, öffentlichen Notlagen oder in der internationalen Katastrophenhilfe. Die Investitionen in Pegnitz und die Region seien daher ein wichtiger Schritt, um die Einsatzbereitschaft vor Ort langfristig zu sichern und im Ernstfall schnell und effizient helfen zu können.



Rekordniveau für das THW!

Die Mittel stammen aus dem umfangreichen THW-Bauprogramm, das ab dem kommenden Jahr bundesweit 200 Baumaßnahmen anstoßen soll. Der Bund stellt hierfür rund 2,83 Milliarden Euro bereit

Auch der Gesamtetat des THW erreicht im kommenden Jahr ein neues Rekordniveau: Der THW-Haushalt steigt gegenüber 2025 um knapp 200 Millionen Euro auf 642 Millionen Euro.

Dr. Silke Launert



BERICHT AUS BERLIN

KfW-Förderung stärkt Bayreuth Stadt sowie die Landkreise

Berlin/Bayreuth/Forchheim. Die **Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)** hat in der ersten Jahreshälfte umfangreiche Fördermittel für die Stadt Bayreuth sowie die Landkreise Bayreuth und Forchheim bereitgestellt. **Mit zinsgünstigen Krediten und Zuschüssen unterstützte die Förderbank zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen** – insbesondere in den Bereichen Wohnungsbau, Sanierung und Energie.

Der **Landkreis Forchheim** erhielt insgesamt **21,5 Millionen Euro** an Fördermitteln, der **Landkreis Bayreuth** profitierte von **58,8 Millionen Euro**. Für die **Stadt Bayreuth** flossen Zuschüsse in Höhe von **32,2 Millionen Euro**. Rund die Hälfte der Mittel wurde über Mittelstandsbanken ausgereicht, die andere Hälfte ging an private Antragsteller.

Besonders kleine und mittlere Unternehmen profitierten von der Förderung. Über die Mittelstandsbanken wurden unter anderem **Gründerkredite** sowie spezielle **Förderkredite für KMU** vergeben. Private Kundinnen und Kunden erhielten Unterstützung vor allem beim **Erwerb von Wohneigentum**, bei **Sanierungsmaßnahmen** und bei der **Heizungsförderung**. Auch Kommunen wurden im Bereich der sozialen und kommunalen Infrastruktur, insbesondere bei der **Modernisierung von Heizungsanlagen**, gezielt entlastet.



BERICHT AUS BERLIN

Caritas als wichtige Institution

Die Caritas in Bayreuth lud zu ihrer Jahreskampagne „Caritas öffnet Türen“ ein. Leider konnte Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert aufgrund einer Sitzungswoche in Berlin nicht vor Ort sein, wollte der Caritas dennoch eine Videobotschaft senden.

Die Caritas ist für mich ein **fester Bestandteil unserer Gesellschaft, auf den wir nicht verzichten können**. Sie **öffnet Türen für Menschen**, die sich in schwierigen Lebenssituationen befinden. Und **sie schaut dort hin, wo andere wegsehen**. Als verlässliche Anlaufstelle ist sie für alle da, die Hilfe brauchen. Gerade diese Haltung - **hinzuschauen und zuzupacken** - macht die Arbeit der Caritas so besonders wertvoll.



Aktion „Wir schenken Weihnachten“

Ein besonders schönes Beispiel ist die **Aktion „Wir schenken Weihnachten“**, die die Caritas gemeinsam mit Radio Mainwelle organisiert. **Diese Aktion macht einen echten Unterschied** – für Familien, Alleinerziehende und Senioren, die sonst kaum ein Weihnachtsfest hätten. Auch ich habe mich mit der CSU Bayreuth-Stadt schon an dieser Aktion beteiligt. Es ist ein sehr bewegendes Gefühl, zu sehen, dass man mit relativ wenig viel bewirken kann. Diese Initiative zeigt: **Niemand ist allein – nicht an Weihnachten und auch nicht im Alltag**.

Unterstützung als Betreuungsrichterin

Auch aus meiner früheren Zeit als Betreuungsrichterin weiß ich, wie wertvoll die Caritas als Partner ist. Ihre Angebote sind eine große Hilfe – sowohl für die Menschen, die Betreuung brauchen, als auch für die Fachkräfte, die sie begleiten. **Ich habe die Zusammenarbeit immer als sehr professionell, aber auch als zutiefst menschlich erlebt**.

Frauenhaus

Eine ebenfalls sehr wichtige Einrichtung ist das Frauenhaus der Caritas in Bayreuth, das den Frauen, die aus gewalttätigen Verhältnissen fliehen müssen, **Schutz bietet** und ihnen eine **Zukunftsperspektive gibt**.

Liebe Caritas Bayreuth, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – ob haupt- oder ehrenamtlich: Haben Sie vielen herzlichen Dank für Ihre so wichtige Arbeit! Auch ich habe mich persönlich und mit anderen CSU-Kreisvorstandsmitgliedern schon mehrfach an Aktionen beteiligt.



BERICHT AUS BERLIN

Aktuelle Gesetzesvorhaben in Bearbeitung (bereits vom Bundeskabinett beschlossen)

KRITIS-Dachgesetz: Mehr Schutz für wichtige Infrastrukturen

Berlin. Das Bundeskabinett hat den Gesetzentwurf für das sogenannte **KRITIS-Dachgesetz** beschlossen. Damit werden erstmals **bundeseinheitliche Standards für den Schutz kritischer Infrastrukturen** festgelegt – also jener Einrichtungen, die für das Funktionieren unseres Gemeinwesens unverzichtbar sind.

Dazu zählen elf klar definierte Bereiche wie Energie, Wasser, Ernährung, Gesundheit, Transport und Verkehr. Ihr Ausfall hätte gravierende Folgen: von Versorgungsengpässen bis hin zu erheblichen Sicherheitsrisiken.

Kern des Gesetzes ist ein **All-Gefahren-Ansatz**. Betreiber müssen künftig alle denkbaren Risiken – von Naturkatastrophen über technische Ausfälle bis hin zu Terroranschlägen – in ihre Vorsorge- und Sicherheitskonzepte einbeziehen. Dazu gehören unter anderem Notfallpläne, sichere Kommunikationsstrukturen, Objektschutz und Notstromversorgung. Um Schwachstellen frühzeitig zu erkennen, wird zudem ein **bundesweites Online-Meldesystem** eingerichtet.

Bundestariftreuegesetz: Faire Löhne bei Bundesaufträgen



Berlin. Bundesaufträge sollen künftig nur noch an Unternehmen vergeben werden, die ihre **Beschäftigten nach Tarif bezahlen**. Das sieht das neue Bundestariftreuegesetz vor, mit dem die Bundesregierung faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen im öffentlichen Auftragswesen stärken will. Tarifgebundene Betriebe sollen keinen Nachteil gegenüber Unternehmen haben, die niedrigere Löhne zahlen. Daher gilt künftig: **Ab einem Auftragswert von 50.000 Euro** müssen alle beteiligten Unternehmen nach Tarif vergüten – **einschließlich Nachunternehmern und Leiharbeitsfirmen**.

Zur Kontrolle wird eine **neue Prüfstelle** eingerichtet, die die Einhaltung der Vorgaben überwacht. Bei Verstößen drohen **Vertragsstrafen**, die **Kündigung des Auftrags** oder der **Ausschluss von zukünftigen Vergabeverfahren**.

BERICHT AUS BERLIN

Aktuelle Gesetzesvorhaben in Bearbeitung (bereits vom Bundeskabinett beschlossen)

Vergabebeschleunigungsgesetz: Staat soll schneller bauen können

Berlin. Mit dem neuen Vergabebeschleunigungsgesetz will die Bundesregierung öffentliche Aufträge künftig deutlich **schneller und unbürokratischer** vergeben. Der Staat investiert jährlich Milliarden in Infrastruktur, Schulen oder Straßen – bislang jedoch häufig ausgebremst durch komplizierte Vergaberegeln.



Kern des Gesetzes ist die **Anhebung der Direktauftragsgrenze auf 50.000 Euro**. Für Aufträge **unterhalb** dieser Summe ist künftig **kein förmliches Vergabeverfahren mehr notwendig**. Das spart Zeit, reduziert Verwaltungskosten und erleichtert Beschaffungen des Bundes erheblich. Neu ist zudem, dass **bei besonderer Eilbedürftigkeit Gesamtvergaben** möglich werden – etwa bei Infrastrukturprojekten des Sondervermögens oder bei Bedarfen der Sicherheitsbehörden für die zivil-militärische Verteidigung.

Auch der **Bürokratieabbau** steht im Fokus: **Nachweispflichten werden reduziert, Nachprüfungsverfahren beschleunigt und Eigenerklärungen der Unternehmen gestärkt. Mehr digitale Kommunikation** soll das Verfahren zusätzlich vereinfachen.

Die Bundesregierung rechnet mit einem **Einsparpotenzial von rund 380 Millionen Euro jährlich** für Unternehmen und Verwaltung. Ziel ist eine deutliche Beschleunigung von Investitionen, vor allem im Schul-, Straßen- und Klimaschutzbau.

BERICHT AUS BERLIN

Treffen der Frauen 100 in Berlin



Berlin. Ende November traf sich die „Frauen 100“ in Berlin. Anlässlich des Tages gegen Gewalt an Frauen stand die Veranstaltung auch unter dem Motto des Orange Day. Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, die unter anderem in ihrer früheren Tätigkeit als Staatsanwältin für Fälle der häuslichen Gewalt zuständig war, betonte dabei die Bedeutung des Themas. In vielen Anträgen zum Parteitag und im Bundestag habe sich bereits viel getan, dennoch bleibt weiterhin viel zu tun. Besonders besorgniserregend sind dabei die aktuell steigenden Zahlen häuslicher Gewalt. Gewalt hat unterschätzte, insbesondere psychische Folgen für die betroffenen Personen und die Gesellschaft. Es ist daher notwendig, das Thema konsequent zu problematisieren und Gewalt klar zu verurteilen. Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert hatte bereits weitere Verbesserungen in den Koalitionsvertrag mitreinverhandelt. Diese sollen nun schrittweise durch die Bundesjustizministerin umgesetzt werden.

Eröffnung des Unternehmens Cybex in Berlin

Berlin. Anfang Dezember eröffnete das Bayreuther Unternehmen Cybex seinen ersten eigenen Laden am Kurfürstendamm in Berlin. Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert war es daher besonders wichtig nach einem langen Sitzungstag bei der Eröffnung vorbeizuschauen. Sie zeigt sich begeistert darüber, dass ein Unternehmen aus Bayreuth nun an dieser bedeutenden Berliner Adresse vertreten ist.



BERICHT AUS BERLIN

Delegationsreise nach Australien

Berlin/Sydney. Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert besuchte vom 29. September bis zum 3. Oktober im Rahmen ihrer Rolle als Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt Australien. Silke Launert nahm daher beim 76. International Astronautical Congress (IAC) teil, der größten internationalen Raumfahrtkonferenz neben dem Space Symposium in den USA. Auch Deutschland war beim IAC stark vertreten – insbesondere durch den German Pavilion des Bundesverbands der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e.V. (BDLI) sowie den Stand des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR). Sie zeigten eindrucksvoll, wie innovativ und international vernetzt die deutsche Raumfahrt ist. Beim internationalen Treffen von Ministerinnen, Ministern und Parlamentsmitgliedern hielt Dr. Silke Launert einen Vortrag und betonte die Bedeutung der Raumfahrt für weltraumgestützte Lösungen, etwa zur Klimabeobachtung, Katastrophenvorsorge und Sicherheit auf See. Die Daten von Satelliten bilden die Grundlage vieler solcher Anwendungen, zu denen Deutschland durch verschiedene Projekte wichtige Beiträge leistet. Daher wird der Raumfahrt eine große Bedeutung in der High-Tech Agenda Deutschlands zugeschrieben.

Zu den Höhepunkten der Reise gehörte zudem die German Night, der Empfang des Deutschen Zentrums für Luft und Raumfahrt sowie die Eröffnung des deutschen Pavillons des BDLI durch Silke Launert. Darüber hinaus ergaben sich viele bilaterale Gespräche, beispielsweise mit US-Verkehrsminister und vorübergehendem NASA-Chef, Sean P. Duffy, mit Judith Collins, Neuseelands Ministerin für Raumfahrt, mit dem Chef der indischen ISRO, Dr. V. Narayanan, mit Dave Gallagher vom Jet Propulsion Laboratory der NASA, Bremens Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt (wo die ESA-Ministerkonferenz in Bremen Thema war) sowie Vertreterinnen und Vertretern der ESA, Airbus und DLR-Vorstandsvorsitzende Prof. Anke Kaysser-Pyzalla.

Darüber hinaus besuchte sie die Universität UNSW in Kensington und zeigte sich begeistert von den Robotern, die dort entwickelt wurden. „**Ich nehme viele Impulse, Ideen und neue Kontakte mit zurück nach Deutschland und die Zuversicht, dass Raumfahrt entscheidend dazu beitragen kann, unsere Welt nachhaltiger, sicherer und vernetzter zu machen**“, erklärte Silke Launert zum Abschluss ihrer Reise.



BERICHT AUS BERLIN

Delegationsreise nach Jordanien

Berlin/Amman. Mitte November besuchte Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert im Rahmen ihrer Tätigkeit als Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt Jordanien. Anlass war dabei die 20-jährige Jahresfeier der German Jordania University in Amman, bei welcher sie Bundesministerin Dorothee Bär vertrat. Bei einer Campustour kam Silke Launert ins Gespräch mit Studentinnen und Studenten der Universität. Besonders beeindruckt zeigte sie sich vom Enthusiasmus der jungen Leute. Unter ihnen befinden sich viele, die einen Pflegestudiengang absolvieren – ein Programm, das auch Fachkräfte für Deutschland ausbildet. Am folgenden Tag fand dann die offizielle Jubiläumsfeier der Universität statt, bei welcher Silke Launert eine Rede hielt. Sie würdigte die bemerkenswerte Entwicklung der Hochschule mit ihren 5.000 Studenten sowie ihren internationalen Kooperationen und den gemeinsamen Projekten mit deutschen Unternehmen.

Während ihres Aufenthalts traf Silke Launert zudem die Königliche Hoheit Prinzessin Sumaya bint El Hassan, ein Mitglied der jordanischen Königsfamilie. Gemeinsam tauschten sie sich über Bildungs- und Forschungseinrichtungen aus, und Silke Launert besuchte die Royal Scientific Society, deren Präsidentin die Prinzessin ist.

Ein weiterer Höhepunkt der Jordanienreise war der Besuch der Forschungseinrichtung SESAME. Diese wird oft auch als „CERN des Nahen Ostens“ bezeichnet und ist ein deutliches Zeichen für gelebte Wissenschaftsdiplomatie. Denn hier arbeiten Menschen aus Ägypten, Israel, Jordanien, den Palästinensischen Autonomiegebieten, Iran, Pakistan, Türkei und Zypern über die Religionsgrenzen hinweg an verschiedenen Projekten in Bereichen der Brustkrebsforschung, Pharmazie, Biotechnologie, Physik und Archäologie.



BERICHT AUS BERLIN

Delegationsreise nach Indien

Berlin/Bangalore/Neu-Delhi. Im Anschluss an ihre Jordanienreise reiste Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert weiter nach Indien. In Bangalore besuchte sie das Indian Institute of Science und traf sich mit Direktor Prof. Govindan Rangarajan sowie der Wissenschaftlerin Dr. Medhavi Vishwakaram eines deutsch-indischen Kooperationsprojekts. Silke Launert zeigte sich beeindruckt von der Dynamik und dem hohen Entwicklungsstand, den Indien in Wissenschaft und Technologien erreicht hat. Es folgten Besuche der indischen Niederlassungen deutscher Firmen wie Bosch und Infineon. Deutsche Unternehmen wissen, dass Indien mit seinen 1,4 Milliarden Einwohnern, dem wachsenden Absatzmarkt und dem zunehmenden Konsumbedürfnis wichtig ist.

Am Abend gab es ein gemeinsames Abendessen mit einer Delegation des Bayerischen Landtagspräsidiums unter Landtagspräsidentin Ilse Aigner. Einen Tag später besuchte Silke Launert das Bangalore Tech Summit und traf auf viele Start-Ups wie das Unternehmen Textit. Auch ein bayerischer Stand war bei der Ausstellung vertreten.

Anschließend reiste sie nach Neu-Delhi, wo sie unter anderem den Chef der indischen Raumfahrtforschungsorganisation ISRO, Dr. V. Narayanan traf, den Silke Launert bereits aus Sydney kannte. Die ISRO ist eine Behörde mit rund 27.000 Mitarbeitenden, die bereits erfolgreich eine Mondmission durchgeführt hat. Bei den Gesprächen ging es darum, die Zusammenarbeit weiter auszubauen und die während des Sydney-Besuchs geknüpften Kontakte zu vertiefen.

Darüber hinaus hielt Dr. Silke Launert ein Grußwort bei der WISER-Ceremony und besuchte Forschungseinrichtungen aus den Bereichen Biotechnologie und Luftfahrt, darunter auch die Airbus-Niederlassung. Ein Höhepunkt und Anlass der Reise war zudem die gemeinsame Sitzungseröffnung zur Wissenschaftlich-Technologischen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Indien mit dem Staatssekretär des indischen Ministeriums für Wissenschaft und Technologie, Prof. Abhay Karandikar. Bereits vor der Eröffnung gab es ein bilaterales Gespräch zu aktuellen wichtigen Themen, die es noch zu besprechen gab. Somit war es eine Woche voller neuer Eindrücke, Begegnungen und Wertschätzung für die wissenschaftliche und technologische Entwicklung in anderen Teilen der Welt. Indien ist ein wachsender Markt mit viel Potenzial für die Zukunft.



BERICHT AUS BERLIN

Auftaktveranstaltung der Hightech Agenda Deutschland: „Zukunft made in Germany“

Berlin. Es war ein ganz besonderer Moment für Deutschland: Ende Oktober fand die Auftaktveranstaltung für die Hightech Agenda Deutschland, das neue Innovationsprogramm der Bundesregierung statt. Ein symbolischer Startschuss, nachdem die Bundesregierung bereits im Juli das Vorhaben auf den Weg gebracht hatte und direkt in die Umsetzung startete. Bei der Auftaktveranstaltung waren Bundeskanzler Friedrich Merz, Bundesministerin Dorothee Bär, Gesundheitsministerin Dr. Nina Warken und Digitalminister Dr. Karsten Wildberger sowie zahlreiche weitere Gäste dabei. Auch Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Silke Launert informierte und diskutierte bei der Veranstaltung über verschiedene Themen.

Mit einem Gesamtvolumen von mindestens 18 Milliarden Euro soll die Hightech Agenda Deutschland die deutsche Wirtschafts-, Technologie- und Innovationslandschaft stärken mit dem Ziel, neue Technologien besser und schneller anwenden zu können. **„Mit der Hightech Agenda Deutschland richten wir unsere Wirtschafts- und Forschungspolitik umfassend neu aus – auf Wettbewerbsfähigkeit, Wertschöpfung und technologische Souveränität“,** betonte Bundeskanzler Friedrich Merz bei seiner Eröffnungsrede. **„Wir trauen unserem Land zu, Innovationsführer zu sein.“** Deutschland konzentrierte sich somit zunehmend auf die sechs Schlüsseltechnologien künstliche Intelligenz, Quanten, Mikroelektronik, Biotechnologie, Fusion und klimaneutrale Energieerzeugung. Es gehe um technologische Souveränität und darum, den Anschluss im internationalen Wettbewerb zu sichern. **„Technologie ist keine abstrakte Idee. Sie ist die Basis für unseren Wohlstand, unsere Unabhängigkeit und die Arbeitsplätze von morgen“,** betonte Dr. Silke Launert und freute sich sehr, dass die Hightech Agenda Deutschland unter der Federführung des BMFTR umgesetzt wird.



BERICHT AUS BERLIN

Praktikum im Deutschen Bundestag

Berlin. Vier Wochen lang absolvierte Jurastudent Luca Höhnlein aus Morschreuth (Gemeinde Gößweinstein) ein Praktikum im Büro des Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launert in Berlin. Dabei erhielt er einen Einblick in die Arbeit im Deutschen Bundestag und konnte das politische Geschehen hautnah miterleben. Dabei stand auch ein Besuch im Bundesministerium für Bildung, Forschung, Technologie und Raumfahrt an sowie ein weiterer Besuch im Rahmen des Praktikantenprogramms der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Bundeskanzleramt. „**Mich freut es, wenn ich Leuten aus dem Wahlkreis bei einem Praktikum im Bundestag begrüßen darf**“, betonte Silke Launert. Bei Interesse können Bewerbungen per Mail an silke.launert@bundestag.de gesendet werden.



Austausch des PKM-Vorstandes mit Bundeskanzler Friedrich Merz



Bildnachweis: Bundesregierung/Guido Bergmann

Berlin. Mitte November traf sich der Vorstand des Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin zu einem gemeinsamen Abendessen. Dabei diskutierten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier unter anderem über die Reform der Sozialversicherungssysteme, außenpolitische Herausforderungen mit der Notwendigkeit, selbst verteidigungsfähig zu sein, sowie über die Frage, wie Deutschland durch Investitionen in neue Technologien wieder weltweit wettbewerbsfähig werden kann. Ebenso wurde über den Kampf gegen die stark angestiegene Bürokratie und die aktuellen Entwicklungen der Wirtschaft gesprochen.

BERICHT AUS BERLIN

Besuch des Helmholtz-Zentrums in Berlin

Berlin. Bundestagsabgeordnete besuchte in ihrer Rolle als Parlamentarische Staatssekretärin das Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie (HZB). Neben der Untersuchung von Materialien für die Umwandlung und Speicherung von Energie (z.B. Solarzellen, Batterien, Katalysatoren) ist die Entwicklung neuer Konzepte für Teilchenbeschleuniger, die ein spezielles Röntgenlicht (Synchrotronstrahlung) erzeugen, eines der wichtigsten Forschungsfelder des HZB.

Besonders beeindruckte zeigte sich Silke Launert dabei von der Röntgenlichtquelle BESSY II – das wichtigste Werkzeug des HZB in diesem Forschungsbereich! Mit ihrer Hilfe gewinnen die Forscherinnen und Forscher Einblicke in die Strukturen und Prozesse einer Vielzahl von Untersuchungsobjekten – von Solarzellen, Batteriematerialien und katalytisch aktiven Materialien bis hin zu Viren, Bakterien und Meteoriten. Was kaum jemand weiß: Mithilfe der Röntgenlichtquelle BESSY II konnten die Forscherinnen und Forscher des HZB als erstes Forschungsteam der Welt im Jahr 2020 das Spike-Protein des Erregers der Coronapandemie SARS-CoV-2 entschlüsseln. Aber auch für die deutsche Wirtschaft hat BESSY II einen immensen Wert: Ob Solarzellen, Katalysatoren für grünen Wasserstoff, Batterien oder Quantenmaterialien – alles lässt sich mit BESSY II untersuchen und mithilfe der Messergebnisse für die weitere Entwicklung optimieren. Daher bedankte sich Silke Launert bei dem wissenschaftlichen Geschäftsführer Prof. Dr. Bernd Recht und der kaufmännischen Geschäftsführerin Saskia Vormfelde für den Austausch und die spannenden Einblicke in die Projekte des HZB.



BERICHT AUS BAYERN

Verleihung des SDG Innovation Award 2025



München. Anfang Dezember fand im Maximilianeum der traditionelle JahresConvent der Stiftung Senat der Wirtschaft statt. Bei der Veranstaltung wurde dieses Jahr auch die SDG Innovation Awards 2025 verliehen – eine Auszeichnung, die Unternehmen, Kommunen und Initiativen würdigen, die mit ihren Projekten zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele beitragen. Neben UNIDO-Generaldirektor Dr. Gerd Müller war auch Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert als Hauptrednerin mit dabei und beglückwünschte den Preisträgerinnen und Preisträgern. Für die Kategorie Unternehmen waren dies BRANDS Fashion GmbH, HELP O Sri Lanka, Schwalbe-Ralf Bohle GmbH, Suntec-Togo, Synhelion AG und Volkswagen Group. Capgemini und die Dreyer Stiftung gewannen in der Kategorie Jugend & Bildung sowie die Gemeinde Câmara Municipal des Cascais (Portugal) und Zichuan District (Shandong, China) in der Kategorie Städte, Kommunen und Landkreise. Sie sind ein gutes Beispiel, dass Regulierungen von oben nicht sinnvoll sind und es daher wichtiger ist, dass Politik und Wirtschaft gemeinsam mit den Unternehmen sinnvolle Lösungen finden, um Nachhaltigkeit und eine starke Wirtschaft zu vereinigen. Denn nur mit Wirtschaftswachstum können diese hohen Ansprüche erreicht werden.

Betriebsbesuch bei LogoMotive – KI für sichere und effiziente Bahnwartung



Fotos: Serafina Heerling

Nürnberg. Bei dem Betriebsbesuch von LogoMotive stand die Zukunft der Bahninstandhaltung im Fokus. Bundestagsabgeordnete Silke Launert informierte sich über den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) und Machine Learning in der Schienenfahrzeugwartung. Mittelpunkt des Gesprächs war, inwiefern KI mittelständische Unternehmen bei der Arbeit unterstützen kann. Durch Sensorik und Datenanalyse kann beispielsweise den Zustand von Bauteilen präzise erfasst, Ausfälle frühzeitig erkannt und Wartungsintervalle optimal geplant werden. Das Ziel: mehr Sicherheit, weniger Kosten, geringere Stillstände. „**Innovationen wie diese zeigen, wie Digitalisierung einen direkten Beitrag zur Verkehrssicherheit leisten kann. Das stärkt die Bahn als Rückgrat unserer Mobilität**“, betonte Silke Launert.



@silkelauert



@launertsilke



www.silke-launert.de

BERICHT AUS BAYERN

Silke Launert besucht Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Oberpfaffenhofen



Fotos: Serafina Heerling

Oberpfaffenhofen. „Angewandte Spitzenforschung, die in die Praxis geht“ – so fasst die Bundestagsabgeordnete Silke Launert ihren Besuch beim DLR in Oberpfaffenhofen zusammen. Das Zentrum mit über 2.000 Beschäftigten zählt zu den größten Arbeitgebern der Region und ist ein Leuchtturm für innovationsorientierte Forschung in Deutschland. Im Gespräch wurde deutlich: Der Raumflugbetrieb ist die Grundlage für alle Raumfahrtaktivitäten – ob Satellitensteuerung oder Experimente auf der ISS. Besonders spannend sei die Forschung an neuen Verfahren zur Resilienzsteigerung und Effizienzsteigerung, beispielsweise durch den Einsatz von Quantencomputing für die Satellitensteuerung. Neben Raumfahrtanwendungen werden Technologien auch in andere Bereiche übertragen, etwa in die Medizintechnik: Verfahren aus der Raumfahrt fließen inzwischen in Robotiksysteme für Chirurgie und Medizin ein. **„Das DLR stärkt unsere Industrie, Sicherheit und Gesellschaft gleichermaßen. Forschung mit unmittelbarem Nutzen ist ein entscheidender Baustein für Deutschlands Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit“**, betonte Silke Launert.

Besuch des Forschungsinfrastrukturprojekts „14 Tesla Magnetresonanztomographie“ in Erlangen



Erlangen. Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert besuchte Ende Oktober im Rahmen ihrer Tätigkeit als Parlamentarische Staatssekretärin im BMFTR das Universitätsklinikum in Erlangen. Dort arbeiten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an dem Forschungsinfrastrukturprojekt „14 Tesla Magnetresonanztomographie“, an dem sich insgesamt dreizehn Forschungseinrichtungen beteiligen. Durch die Entwicklung des MRTs mit einer Magnetstärke von 14 Tesla sollen zukünftig neue biomedizinische Erkenntnisse ermöglicht werden und Einblicke in die Funktionsweisen des menschlichen Körpers verbessert werden. Während ihres Besuches traf sich Silke Launert daher mit Prof. Dr. Armin Nagel des Radiologischen Instituts, den Direktoren des Radiologischen bzw. des Neuroradiologischen Instituts des Universitätsklinikums, Prof. Michael Uder und Prof. Arnd Dörfler sowie mit Prof. Mark Ladd, dem Leiter der Abteilung der Medizinischen Physik in der Radiologie am Deutschen Krebsforschungszentrums in Heidelberg. **„Ein Projekt mit enormen Potenzial – technologisch und medizinisch“**, erklärte Silke Launert abschließend und bedankte sich für den Besuch.

Zu diesem Thema hatte Silke Launert bereits in Magdeburg den Forschungscampus STIMULATE besucht, wo sie gemeinsam mit Forschenden über die Entwicklung in der medizinischen Bildgebung, Robotik und Künstlichen Intelligenz gesprochen hatte.

BERICHT AUS BAYERN

CSU-Parteitag in München

München. Der CSU-Parteitag in München verlief besonders erfolgreich für Oberfranken. Bei der Wahl zum Parteivorstand wurde Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert auf Vorschlag der Frauen-Union erneut mit sehr gutem Ergebnis in den CSU-Parteivorstand gewählt. Insgesamt war Oberfranken lange nicht mehr so stark vertreten wie nun mit seinen sechs Mitgliedern, darunter auch Melanie Huml, Emmi Zeulner, Markus Oesterlein, Sebastian Straubl und Martin Schöffel.



Landesversammlung der Frauen-Union Bayern

Bad Windsheim. Bei der Landesversammlung der Frauen-Union Bayern waren viele Gäste dabei. Darunter Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Innenminister Joachim Herrmann. Nach der Eröffnung und Begrüßung durch die FU-Landesvorsitzende Ulrike Scharf kam es zur Neuwahl des Landesvorstandes. Dabei wurde sie in ihrem Amt bestätigt. Darüber hinaus wurde Bayreuther Bundestagsabgeordnete und FU-Bezirksvorsitzende Oberfranken, Dr. Silke Launert, ebenfalls erneut in den Landesvorstand wiedergewählt. **„Das Vertrauen der Delegierten ist für mich ein starkes Signal. Die Frauen-Union ist die Stimme der Frauen in Politik und Gesellschaft. Gemeinsam mit Ulrike Scharf will ich dafür sorgen, dass diese Stimme in Bayern und Berlin noch deutlicher gehört wird“**, sagte sie und bedankte sich für ihre Wiederwahl. Am Samstag wurde darüber hinaus über verschiedene Anträge gesprochen. Silke Launert hatte im Vorhinein sechs Anträge über die Frauen-Union Oberfranken eingereicht: Stärkung der Landeszentralstelle Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV), Änderung der Geschäftsordnung von §20, bessere Finanzierung der PSNV, rechtliche Verankerung der PSNV in Bayern, Einführung von Lohnersatzleistungen sowie Freistellungsmöglichkeiten für Einsatzkräfte der PSNV und die Schließung der Versorgungslücken bei PSNV. Die Anträge wurden alle angenommen.



BERICHT AUS OBERFRANKEN

Bezirksvorstandssitzung der CSU-Oberfranken

Bayreuth/Bad Staffelstein. Anfang Oktober traf sich der Bezirksvorstand der CSU-Oberfranken zu seiner Klausurtagung im Kloster Banz. Im Mittelpunkt stand die zukünftige Entwicklung Oberfrankens, besonders in Hinblick auf die Kommunalwahlen im kommenden Jahr. Neben Bezirkstagspräsident Henry Schramm, Bezirksvorsitzendem Martin Schöffel, Landtagsabgeordneter Barbara Becker und der JU-Oberfranken nahm auch Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert teil. Ein besonderes Highlight war der Besuch von Ministerpräsident Dr. Markus Söder, der zur Begrüßung einen Vortrag hielt. In verschiedenen Workshops diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über Strategien und Zukunftsthemen für die Region. Zur Stärkung gab es Weißwürste und Kaffee. **„Vielen Dank für den guten und engagierten Austausch über die Zukunft unserer Region“,** betonte Silke Launert.



50 Jahre Frauen-Union Rehau



Bayreuth/Rehau. Eine ganz besondere Feier feierte die Frauen-Union Rehau mit ihrem 50-jährigen Jubiläum Mitte Oktober. Seit 50 Jahren zeigt der Ortsverband, was die Frauen Union ausmacht: Engagement, Zusammenhalt und ganz viel Herz. Daher freute sich FU-Bezirksvorsitzende von Oberfranken, Dr. Silke Launert sehr über die Einladung und gratulierte herzlich: **„Auf viele weitere Jahre voller Herz, Mut und Tatkraft. Ein großes Dankeschön an alle, die sich Tag für Tag für die Frauen Union und die CSU einsetzen – für unsere Werte, unsere Heimat und für die Menschen vor Ort.“**

BERICHT AUS OBERFRANKEN

FU-Oberfranken besucht Ankerzentrum in Bamberg



Bamberg. Die Frauen-Union Oberfranken besuchte im Oktober das Ankerzentrum in Bamberg. Standortleiter und JU-Bezirksvorsitzender Markus Oesterlein gab dabei einen aufschlussreichen Einblick in die Arbeit der Einrichtung und führte die Teilnehmerinnen durch die Gebäude. Das Interesse an dem Besuch war bereits im Vorfeld sehr groß: Insgesamt 40 Frauen hatten sich angemeldet und zeigten sich vor Ort beeindruckt von den Informationen und Eindrücken.

MS Wissenschaft in Bamberg – Wissenschaft zum Anfassen



Bamberg. Die MS Wissenschaft machte Halt in Bamberg – mit an Bord zahlreiche Exponate rund um Energieverbrauch, Einsparpotenziale sowie innovative Technologien zur Energiegewinnung und -speicherung. Bundestagsabgeordnete Silke Launert nutzte die Gelegenheit, die Ausstellung erneut zu besuchen, nachdem sie bereits beim Start in Berlin dabei gewesen war. Besonders freute sie sich über den Besuch von Michael Knörlein, CSU-Ortsvorsitzender und Bürgermeisterkandidat von Kirchhennbach (Landkreis Forchheim), der mit einer Kindergruppe im Rahmen des CSU-Ferienprogramms an Bord ging. **„Wissenschaft erlebbar zu machen, ist der beste Weg, Kinder und Jugendliche für Zukunftsthemen zu begeistern“**, so Silke Launert. **„Ein tolles Erlebnis, das sicher lange in Erinnerung bleibt.“**

BERICHT AUS OBERFRANKEN

Starker Partner für das Handwerk – Austausch mit HWK Oberfranken



Foto: Serafina Heerling

Bayreuth. Gemeinsam mit den Bundestagskollegen Emmi Zeulner und Heiko Hain traf sich Silke Launert Anfang September zu einem Austausch mit der Handwerkskammer Oberfranken. Themen waren die enorme Verantwortung der Handwerksbetriebe sowie die großen Herausforderungen durch Bürokratie und Fachkräftemangel. Ein zentrales Anliegen: die Zukunft der dualen Ausbildung in der Region. **„Gerade das Bildungszentrum Bamberg zeigt, wie wichtig Verlässlichkeit und Planungssicherheit für das Handwerk sind. Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass die duale Ausbildung eine sichere Zukunft hat. Unser Ziel ist klar: Ein starkes Handwerk braucht verlässliche Partner in der Politik – diesen Anspruch nehmen wir ernst“**, erklärte Silke Launert.

Ein wichtiges Anliegen der HWK war zudem, dass endlich Förderzusagen aus Berlin für den Neubau der Ausbildungsstätte in Bamberg kommen, da jeder Zeitverlust zu steigenden Kosten führt. Alle drei Abgeordneten sagten zu, sich in Berlin dafür einzusetzen und machten in den Haushaltsberatungen entsprechenden Druck. Nun freuen sie sich, dass es gut aussieht: Die Fördermittel sollen aus dem künftigen Bundesfamilienministerium prioritär mitfließen und das Projekt erhält damit nun notwendige Priorität. Denn klar ist: Ohne das Handwerk funktioniert Wirtschaft, Industrie und Wertschöpfung in Deutschland nicht.

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Sperrung der Bahnstrecke zwischen Pegnitz und Hersbruck – Videokonferenz mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr Ulrich Lange / Silke Launert: „Krise in Chance umwandeln“

Bayreuth. Seit Freitag, den 19. September, ist die Bahnstrecke zwischen Pegnitz und Hersbruck aufgrund technischer Überprüfungen an mehreren Brücken vollständig gesperrt. Für Reisende aus Hof, Marktredwitz, Bayreuth und Pegnitz besteht damit aktuell keine direkte Schienenverbindung mehr nach Nürnberg. Angesichts der gravierenden Auswirkungen auf die Region hatte sich die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesforschungsministerium umgehend in einem Schreiben an den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Ulrich Lange, gewandt, in welchem sie ihm die Situation schilderte und sich für einen direkten Austausch mit allen Beteiligten einsetzte.

Nur wenige Tage später fand eine Videokonferenz mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Ulrich Lange, dem Bayerischen Verkehrsminister Christian Bernreiter, Mandatsträgern und Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Parteien sowie Verantwortlichen der Deutschen Bahn AG statt.

Seitens der Bahn nahmen unter anderem Dr. Philipp Nagl (Vorstandsvorsitzender DB InfraGO AG), Heiko Büttner (Konzernbevollmächtigter der DB in Bayern) und Stephan Schmidt (Leiter Anlagen- und Instandhaltungsmanagement Region Süd, DB InfraGO AG) teil. Sie berichteten, dass durch die Durchführung aufwendiger Untersuchungen erst jetzt das tatsächliche Ausmaß der Schäden an mehreren Brücken sichtbar geworden sei.

Wie die Vertreter mitteilten, verfolgt die Bahn aktuell zwei Handlungsstränge:

1. **Kurzfristige Ertüchtigungsmaßnahmen** an kritischen Stellen, die voraussichtlich bis Mitte des Jahres 2026 abgeschlossen sein sollen, sodass der Betrieb dann wieder an allen Streckenabschnitten vollständig aufgenommen werden kann.
2. **Langfristiger Ersatzneubau** von insgesamt 18 Brücken, dessen Fertigstellung für den Zeitraum 2030 bis 2032 geplant ist.

Auch **Silke Launert** zeigte sich nach dem Treffen zuversichtlich:

„Alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen, war ein wichtiges Signal. **Jetzt gilt es, diese Krise in eine Chance umzuwandeln.** Wir kämpfen seit Jahren für die Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale. Heute war spürbar: **Die Botschaft scheint endlich auf allen Ebenen angekommen zu sein.** Es besteht Einigkeit, dass wir in die Elektrifizierung einsteigen müssen – zunächst bis nach Neuhaus, am besten gleich nach Schnabelwaid und danach die gesamte Franken-Sachsen-Magistrale!“

Abschließend verwies Launert noch einmal auf die unterschiedlichen Finanzierungstöpfe: Der Neubau der Brücken werde über das neue Sondervermögen finanziert, für die Elektrifizierung handle es sich um ein Bedarfsplanprojekt (die finanziellen Mittel müssen über den Einzelplan zur Verfügung gestellt werden).

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Tradition und Gemeinschaft – Kreuzer Kerwa in Bayreuth

Bayreuth. Ein herzliches Dankeschön sprach Bundestagsabgeordnete Silke Launert allen Organisatoren und Helfern der Kreuzer Kerwa Anfang September in Bayreuth aus. „**Ihr habt wieder ein großartiges Fest auf die Beine gestellt – solche Veranstaltungen sind Ausdruck von Gemeinschaft und Zusammenhalt in unserer Region**“, so Silke Launert. Besonders freute sie sich über den Besuch von Staatsministerin Michaela Kaniber, die in ihrer Festrede die Bedeutung von Fleiß und Engagement der Menschen in Bayern hervorhob. Im Mittelpunkt der Gespräche standen aktuelle Themen wie innere Sicherheit, eine verlässliche Lebensmittelversorgung und eine starke Wirtschaft. Silke Launert verteidigte zudem in ihrer Rede die Mehrwertsteuersenkung für Speisen in der Gastronomie: Es gehe dabei nicht um Wahlgeschenke, sondern darum, die bayerische Wirtshauskultur zu erhalten – eine Branche, die besonders stark unter Fachkräftemangel und steigenden Kosten leide.

Zudem zeigte sie sich überrascht, wie viel Negatives über die neue Bundesregierung gesprochen werde. Dabei sei die Regierung erst vier Monate im Amt und habe in dieser Zeit bereits vieles auf den Weg gebracht. Dazu zählen unter anderem der Investitionsbooster, die Abschaffung der Gasumlage, der Einstieg in die Senkung der Stromsteuer für besonders betroffene Bereiche sowie der Kabinettsbeschluss zur High-Tech-Agenda, mit Investitionen von mindestens 18 Milliarden Euro in Zukunftstechnologien. „**Die Kreuzer Kerwa zeigt: Unsere Heimat ist lebendig und stark. Gemeinsam können wir Bayern und Deutschland erfolgreich in die Zukunft führen**“, erklärte Silke Launert.



Fotos: Serafina Heerling



BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Kerwa in Neustädtlein



Neustädtlein/Eckersdorf. Nach der Sommerpause fand die Zeltkerwa Neustädtlein bei Eckersdorf statt. Besonderer Gast war dieses Jahr der Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer. In seiner Festrede hob er die Bedeutung unserer Heimat hervor, betonte die Wichtigkeit der regionalen Versorgung und machte deutlich, dass verlässliche Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft unverzichtbar sind. Er kritisierte die übermäßige Bürokratie – auch auf europäischer Ebene – und kündigte die Agrardieselmrückvergütung an, die inzwischen umgesetzt wurde. Zudem unterstrich er die zentrale Rolle der Landwirtschaft für die Gesellschaft und die Notwendigkeit, bürokratische Hürden weiter abzubauen. Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert war ebenfalls dabei und freute sich sehr über das Kommen des Ministers, den sie als bodenständig, pflichtbewusst, fleißig und als jemanden mit gesundem Menschenverstand lobte. „**Ein herzliches Dankeschön an den Burschenverein Neustädtlein für die wunderbare Organisation und Durchführung der Kerwa! Man spürt, wie viel Herzblut und Zusammenhalt in diesem Fest steckt – ein echtes Stück gelebte Heimat**“, sagte sie.

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

CSU startet in den Kommunalwahlkampf

Bayreuth. Am 8. März 2026 finden in Bayreuth und Umgebung die Kommunalwahlen statt – darunter auch die Wahl zum neuen Stadtrat und zum Oberbürgermeister der Stadt Bayreuth. Bereits im Juli hatte die CSU ihre Liste mit ihren Kandidatinnen und Kandidaten vorgestellt. Oberbürgermeister Thomas Ebersberger führt die Liste an, gefolgt von Bundestagsabgeordneter Dr. Silke Launert. Seitdem ist die CSU in den Kommunalwahlkampf gestartet mit zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen:

Schultütenaktion für Bayreuths Schulanfänger

Zum Start des neuen Schuljahres trafen sich die CSU-Kandidaten für den Bayreuther Stadtrat zum gemeinsamen Tüten-Packen. Um den neuen Schulkindern eine Freude zu bereiten, packten sie insgesamt 300 Tüten mit süßen Köstlichkeiten und verteilten diese am 16.09. in der Innenstadt.



Foto: Serafina Heerling

Klausurtagung zur Kommunalwahl

Mitte September trafen sich die Stadtratskandidaten der CSU Bayreuth-Stadt zur gemeinsamen Klausurtagung. In mehreren Arbeitsgruppen wurden wichtige Themen für Bayreuth ausgearbeitet – von Stadtentwicklung über Sicherheit bis hin zu Wirtschaft und Mobilität.



Oktoberfest-Besuch in Engins Ponte

Der Besuch gemeinsamer Veranstaltungen stand ebenfalls an. So wurde Mitte September in Engins Ponte das Oktoberfest gefeiert, bei dem auch ein Teil der Kandidatinnen und Kandidaten dabei waren.

Auftaktveranstaltung im Reichshof

Im November lud die CSU dann zu ihrer offiziellen Wahlkampfauftaktveranstaltung in den Reichshof ein. Neben einer Präsentation der überarbeiteten Liste gab es eine Afterwork-Party mit einem Glücksrad und Freibier sowie viele Gelegenheiten, die Kandidatinnen und Kandidaten persönlich kennenzulernen.



BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Motivationsveranstaltung mit MdL Steffen Vogel

Die CSU Bayreuth-Stadt und Bayreuth-Land luden im November zu ihrer Motivationsveranstaltung mit Steffen Vogel, Mitglied des Bayerischen Landtags, in den Saal der Becher Bräu ein. Auch Oberbürgermeister Thomas Ebersberger war mit dabei. Es war ein unterhaltsamer Abend mit guter Stimmung und sogar einer kleinen Tanzeinlage.

Nikolaus-Aktion

Am Nikolaustag war die CSU Bayreuth-Stadt mit einem Stand in der Bayreuther Innenstadt am Christkindlesmarkt vertreten. Dabei trafen CSU-Stadtratskandidatinnen Dr. Silke Launert und Jutta Bühl zudem den Vorsitzenden des Süddeutschen Schaustellerverbands der Sektion Bayreuth, Sven Sommerer. Dabei sprachen sie unter anderem über Anliegen des Mittelstands und der Schausteller.



Zudem erschien die Weihnachtsausgabe der CSU. Und gleich am 1. Januar starteten die Planungen für die heiße Wahlkampfphase mit Flyern der Kandidaten, Plakaten, zahlreichen Ständen und Aktionen.



VERANSTALTUNGEN 2026 WAHLSTÄNDE UND AKTIONEN	
31.01.2026 Glühwein für Groß und Klein, Stadtparkett	21.02.2026 Süße Überraschung für Kids, Stadtparkett
07.02.2026 „Ebersburger-Aktion“ am Stadtparkett	21.02.2026 CSUKUNFT-Touf (Bustour 11 + 14 Uhr) Abfahrt Kanalstraße
13.02.2026 Reiner Haseloff zum Wahlkampfendspurt	28.02.2026 Umfrageaktion bei Tee & Kaffee, Stadtparkett
14.02.2026 Überraschung am Stadtparkett	06.03.2026 Veranstaltung zur Sportstadt Bayreuth mit Dr. Nicole Kalemba
15.02.2026 Faschingsumzug mit Verteilaktion für Kinder und After-Party im Reichshof	07.03.2026 Tombola am Stadtparkett
18.02.2026 Politischer Aschermittwoch in Bayreuth	

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Spatenstich beim TSV Ebermannstadt



4,4 Mio € für den TSV Ebermannstadt

Foto: Serafina Heerling

Ebermannstadt. Mit dem Spatenstich fiel im September der Startschuss für ein ganz wichtiges Projekt beim TSV Ebermannstadt. Insgesamt fließen rund 4,4 Millionen Euro in die Sanierung der Sportstätte – darunter 1,97 Millionen Euro aus dem Investitionspakt Sportstätten des Bundes, 1,14 Millionen Euro aus der Förderung für den Schulsport und 1,29 Millionen Euro durch die Stadt selbst. Daher war der Spatenstich ein besonderer Moment, bei dem auch Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert mit dabei war. **„Sport braucht Unterstützung, und zwar auf allen Ebenen“**, sagte sie und freute sich über das gemeinsame Engagement. Denn nur die Zusammenarbeit von Bund, Land und Kommune kann dafür sorgen, dass Vereine, Schulen und Kinder die modernen Sportstätten bekommen, die sie verdienen.

50 Jahre Partnerschaft der Gemeinde Bischofsgrün mit der GSG9 der Bundespolizei



Bischofsgrün. Es ist ein ganz besonderes Jubiläum, das im September gefeiert wurde: Seit 50 Jahren verbindet die Gemeinde Bischofsgrün eine einzigartige Partnerschaft mit der GSG 9 der Bundespolizei. Was im Jahr 1975 begann, hat sich nun zu einer tiefen Freundschaft entwickelt mit gemeinsamen Fallschirmsprüngen, Besuchen und Urlauben. Bei den Feierlichkeiten waren daher viele Gäste aus der Umgebung mit dabei. Darunter Bürgermeister Michael Schreiner, Landtagsabgeordneter Martin Schöffel, Kommandeur Robert Hemmerling, Sven Mewes und Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert. Als Zeichen der besonderen Partnerschaft pflanzte die Gemeinde Bischofsgrün eine Eiche auf dem Gelände der GSG 9. Diese bedankte sich im Gegenzug mit einem Gedenkstein.

Ein besonderes Highlight war zudem die Übergabe der Ehrenbürgerwürde der Gemeinde an Stefan Unglaub. Silke Launert betonte abschließend: **„Mein besonderer Dank gilt der Bürgerinitiative Bischofsgrün, die diesen Abend durch ihr ehrenamtliches Engagement so schön gemacht hat!“**

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Lagerfeuerabend beim CSU-Ortsverband Wolfsberg



Untertrubach. Der CSU-Ortsverband Wolfsberg lud im September zu seinem Lagerfeuerabend ein. Ortsvorsitzender Wilfried Kirsch begrüßte zahlreiche Gäste, darunter Landtagsabgeordneter Michael Hofmann, CSU-Landratskandidaten für den Landkreis Forchheim Oliver Flake, Bürgermeister Tobias Grüner, Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert sowie die CSU-Mitglieder Alexander Grüner, Friedrich Dümler und Markus Grüner, die an diesem Abend für zehnjährige Mitgliedschaft ausgezeichnet wurden. In ihren Grußworten gingen die Redner auf aktuelle politische Entwicklungen ein. Auf Landesebene war insbesondere die Diskussion um den Wassercent Thema. Auf Bundesebene berichtete Silke Launert von den Herausforderungen und notwendigen Investitionen in neue Technologien, um Deutschlands internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern sowie über den Bürokratieabbau. Zudem entwickelte sich eine Diskussion über die zunehmende Stärkung der AfD.

Landratskandidat Oliver Flake stellte sich im Anschluss noch einmal persönlich vor und berichtete über seine wichtigsten Projekte für den Landkreis Forchheim. Besonders hob er hervor, wie wichtig ehrenamtliches Engagement für das gesellschaftliche Zusammenleben sei – gerade im ländlichen Raum.

Besuch am Institut für Fachlehrer

Bayreuth. Im Sommer 2025 besuchte eine Schulklasse aus Bayreuth die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert in Berlin und lud sie im Rahmen dessen zu einem Gespräch mit Fachlehrern aus der Region ein. Daher besuchte Silke Launert Mitte Oktober das Institut für Fachlehrer in Bayreuth. Das Institut bildet Fachlehrer in verschiedenen Bereichen aus – darunter Kunst, Sport und Erziehungswissenschaften. Silke Launert sprach dabei mit vielen angehenden Fachlehrern des Kunstbereichs aus der Stadt und dem Landkreis Bayreuth sowie aus vielen weiteren Regionen Oberfrankens, etwa Coburg, Bamberg, Würzburg, Weiden und darüber hinaus. Bei dem Besuch wurden viele Fragen gestellt und es entwickelte sich eine umfangreiche Diskussion.



Ein großes Anliegen vieler angehender Fachlehrer waren die finanziellen Belastungen während der Ausbildung: Vor allem die hohen Fahrtkosten, bedingt durch weite Anfahrtswege, bereiten vielen Schwierigkeiten. Zudem berichteten sie von Problemen beim Erhalt des Schüler-BAföG – etwa dann, wenn erforderliche Unterlagen wie Einkommensnachweise der Eltern schwer zu bekommen sind oder ein Elternteil erst gar nicht zu erreichen ist.

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Eröffnungsrede an der Universität Bayreuth



Bayreuth. Im Oktober startete das neue Wintersemester 2025/2026 an der Universität Bayreuth und damit auch für viele Studenten ein ganz neuer Lebensabschnitt. In einer Videobotschaft hieß Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, die ebenfalls an der Uni Bayreuth studierte, die neuen Erstsemester herzlich willkommen. Dabei erinnerte sie sich an ihre eigene Studienzeit: **„Der erste Tag an der Uni ist immer etwas Besonderes – voller Neugier, Erwartungen und vielleicht auch mit einem kleinen bisschen Unsicherheit.“** Doch das Studium ist eine spannende Zeit, geprägt durch viel Wissen, Begegnungen und studentischem Miteinander. Silke Launert freute sich daher sehr, zum Studienstart eine Videobotschaft senden zu dürfen und wünschte den Erstsemestern einen guten Start und eine unvergessliche Studienzeit.

50 Jahre Universität Bayreuth



Bayreuth. Die Universität Bayreuth ist in der Stadt nicht mehr wegzudenken. Vor 50 Jahren wurde sie gegründet und hat sich zu einem Ort des Wissens, Forschens und der Begegnungen entwickelt. Mitte Oktober wurde das Jubiläum daher im Markgräflichen Opernhaus gefeiert. Viele Gäste waren gekommen, darunter Universitätspräsident Prof. Dr. Stephan Leible, Oberbürgermeister Thomas Ebersberger, Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Markus Blume, Bayerischer Staatssekretär für Finanzen Martin Schöffel und Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert. Sie selbst studierte ebenfalls an der Uni Bayreuth und freute sich daher sehr, bei den Feierlichkeiten dabei zu sein: **„Mein Studium, meine wissenschaftliche Tätigkeit und meine Dissertation verbinden mich bis heute mit meiner Uni. Ich bin stolz, selbst Teil dieser Geschichte zu sein. Sinn und Zweck der Ansiedlung von Universitäten wie in Bayreuth war es natürlich auch, akademischen Nachwuchs aus dem ländlichen Raum zu gewinnen und Wissen in den ländlichen Raum zu bringen. Ohne die Universität Bayreuth hätte ich wahrscheinlich nicht die Möglichkeit gehabt zu studieren und stünde nicht da, wo ich heute stehe.“**

Im Rahmen der Veranstaltung wurde zudem Stephanie Czerny die Ehrensensorenwürde der Universität Bayreuth verliehen. Silke Launert gratulierte ihr herzlich dazu und dankte ihr für ihre Arbeit in so vielen Bereichen der Wissenschaft.

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Spatenstich des Fraunhofer FIT in Bayreuth



Bayreuth. Es war ein wichtiger Tag für den Forschungs- und Innovationsstandort Bayreuth, denn mit dem feierlichen Spatenstich wurde am 22. Oktober der Startschuss für den Neubau des Fraunhofer-Instituts für Angewandte Informationstechnik FIT gegeben. Das neue Gebäude entsteht in der Universitätsstraße in direkter Nähe zu den bestehenden Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft. Das Projekt wird gemeinsam durch den Bund, das Bundesland Bayern und die Europäische Union gefördert. Daher freute sich Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, die als Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt das Vorhaben mitfördert, sehr über die Einladung. Darüber hinaus waren auch Bayreuther Oberbürgermeister Thomas Ebersberger, Universitätspräsident Prof. Dr. Stefan Leible, die Direktorin für Transfer- und Innovationsmanagement der Fraunhofer-Gesellschaft Dr.-Ing. Sophie Hippmann, Institutsleiter Prof. Dr. Stefan Decker, stellv. Institutsleiter Prof. Dr. Maximilian Röglinger sowie viele weitere Gäste aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft dabei.

Veranstaltung zu Stabilität der Stromnetze der CSU Bayreuth-Stadt



Bayreuth. Mitte Oktober lud der CSU-Kreisverband Bayreuth-Stadt zu einer gemeinsamen Veranstaltung in der Tierzucht-Klausen ein. Thema des Abends war die Stabilisierung der Stromnetze – eine der zentralen Zukunftsaufgaben für Deutschland. Kreisvorsitzende Dr. Silke Launert freute sich daher sehr, den Direktor für Systemführung beim Netzbetreiber TenneT, Dr. Dominique Ernst, begrüßen zu dürfen. TenneT versorgt circa 25 Millionen Menschen in Deutschland mit Energie.



In seinem Vortrag machte Dominique Ernst deutlich, wie komplex die Sicherstellung einer stabilen Stromversorgung ist. Denn nur wenn die Erzeugung und der Verbrauch im Gleichgewicht sind, bleibt das Netz stabil. Dabei spielen Stromspeicherung, Frequenzhaltung und Spannungsregelungen eine wichtige Rolle. Darüber hinaus steht die Branche vor vielen Herausforderungen: Der Anteil der erneuerbaren Energien steigt zwar an, jedoch hängt ihre Erzeugung stark von den Wetterbedingungen ab wie etwa von Sonne, Wind aber natürlich auch Nebel, Saharastaub, Schneefall, Sturm oder Vereisung.

Anschließend an seinem Vortrag gab es für die Gäste die Möglichkeit, Fragen zu stellen. So ging es darum, warum Strom in Deutschland so teuer ist und um flexible Strompreise sowie die Nutzung von Autobatterien zur Netzstabilität und die Einbindung von kleinen Erzeugern, etwa auf Dachanlagen statt Flächenversiegelung. Es war somit ein spannender Abend mit vielen wichtigen Impulsen für eine sichere und nachhaltige Energieversorgung. Silke Launert bedankte sich bei Referenten Dominique Ernst und bei dem Vorsitzendem des Arbeitskreises Hochschule Dr. Wolfgang Richter sowie den beiden CSU-Geschäftsführern Oliver Würschum-Busch und Wolfgang Ficht für die Organisation der Veranstaltung.

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Halloweenhaus in Gefrees



Gefrees. Bereits zum siebten Mal öffnete in diesem Jahr das Halloweenhaus der BRK-Bereitschaftsjugend des Landkreises Bayreuth seine Tore – und auch Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert ließ sich den Besuch nicht entgehen. Gemeinsam mit dem CSU-Ortsverband Gefrees wagte sie sich in den Grusel-Escape-Room, der in diesem Jahr unter dem Motto „Verzaubert“ stand. Was einst als kleine Aktion für die BRK-Jugend begann, hat sich inzwischen zu einer überregional bekannten Veranstaltung entwickelt. Ein Abenteuer voller Rätsel, Lacher und Schreckmomente. **„Fast eine Stunde lang Grusel und Rätsel, das Halloweenhaus ist wirklich eine Empfehlung. Man sieht in jeder Ecke, wie viel Arbeit und Herzblut hineingesteckt wurde und mit wie viel Mühe sich alle Beteiligten engagieren“**, so Silke Launert nach ihrem Besuch. Sie bedankte sich bei allen engagierten ehrenamtlichen Helfern, die das ganze Projekt erst möglich machen und unterstützte sie mit einer Spende.



Adventsbetthupferl in Unterleinleiter



Unterleinleiter. Wie jedes Jahr fand wieder das Adventsbetthupferl in Unterleinleiter statt. Besonders das Vorlesen einer Weihnachtsgeschichte und die weihnachtliche Atmosphäre brachten Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert in Weihnachtsstimmung. **„Vielen Dank an all die Ehrenamtlichen, die diese zahlreichen Adventsabende ermöglichen“**, sagte sie abschließend.



BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Frauen-Union besucht das Briefzentrum Bayreuth

Bayreuth. Gemeinsam mit der Frauen-Union Oberfranken besuchte Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert Ende Oktober das Briefzentrum Bayreuth der Deutschen Post AG. Für die Teilnehmerinnen war es ein spannender Einblick hinter die Kulissen des täglichen Briefverkehrs. In dem Zentrum werden täglich unzählige Briefe aus Bayreuth und Umgebung durch hochmoderne und leistungsstarke Sortieranlagen verarbeitet. Die Mitarbeiter sorgen dafür, dass die Post so schnell wie möglich ihren Weg zu den Empfängern findet. Ein beeindruckender Einblick in die logistischen Abläufe, die den täglichen Briefverkehr sicherstellen.



Frauen-Union pflanzt Bäume



Bayreuth/Pegnitz/Hummeltal. Im Rahmen der Baumpflanz-Challenge der Frauen-Union nahm Bundestagsabgeordnete und FU-Bezirksvorsitzende von Oberfranken, Dr. Silke Launert, gemeinsam mit der FU-Hummelgau an einer Pflanzaktion in der Gemeinde Hummeltal teil. Entlang des Radwegs zwischen Creez und Bärnreuth wurde ein Obstbäumchen der Sorte Mirabelle gepflanzt. Mit dabei waren auch Bürgermeister Patrick Meyer, FU-Fördermitglied Roland Kauper und CSU-Landratskandidat Dr. Lars Peetz. Die Aktion wurde von der FU-Ortsvorsitzenden Sabine Habla aus Mistelbach organisiert. Nun ist inzwischen entlang des Weges bereits eine ganze Baumreihe entstanden. Silke Launert freute sich sehr über die schöne Aktion und dankte dem FU-Ortsverband Pegnitz-Veldensteiner Forst für die Nominierung. Als nächstes ist nun die FU Fränkische Schweiz und die FU Rotmairtal dran!

Nominierung von Stefan Roder



Seybothenreuth. Anfang Dezember wurde Stefan Roder zum CSU-Bürgermeisterkandidaten in Seybothenreuth nominiert. Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert wünschte ihm und seinem Team viel Erfolg und alles Gute bei der neuen Aufgabe!

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Besuch des Ateliers von Anja Goldhammer



Bayreuth. Im Januar besuchte Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert das Unternehmen Bechert Haustechnik GmbH von Erich Goldhammer und lernte dabei auch seine Frau Anja Goldhammer kennen. Schon damals zeigte sie sich begeistert von deren Kunstwerken und nahm sich vor, eines Tages gemeinsam mit der Frauen Union einen Besuch abzustatten. Fast ein Dreivierteljahr später war es nun so weit: Die Frauen-Union Bayreuth-Stadt besuchte das Atelier von Anja Goldhammer in Bayreuth. Dort entstehen ihre farbenfrohen Kunstwerke, Figuren, Mosaikarbeiten und Gemälde. Die Besucherinnen zeigten sich beeindruckt von den Arbeiten und Silke Launert bedankte sich herzlich bei der Künstlerin für die Möglichkeit des Besuchs: **„Vielen lieben Dank für deinen herzlichen und warmen Empfang. Wir kommen immer gerne zu dir!“**

Dialog mit Sven Steger

Bayreuth. Im Dezember traf sich Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert mit Sven Steger von Life of Media 360 im Engins Ponte in Bayreuth. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen digitale Plattformen und der Schutz von Nutzerinnen und Nutzern. Digitale Räume müssen nicht nur technisch weiterentwickelt, sondern auch verantwortungsvoll gestaltet werden. **„Danke für das tolle und inspirierende Gespräch“**, sagte Silke Launert abschließend. Übrigens: Das Bild wurde beim Treffen mithilfe von KI generiert.



Impressum:



Bundestagsbüro
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
silke.launert@bundestag.de
T.: 030/227 79345

Wahlkreisbüro Bayreuth
Eduard-Bayerlein-Str. 5, 95445 Bayreuth
silke.launert.ma02@bundestag.de
T.: 0921/76430 21